

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Schalter-Gasse gegenüber von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntag

Bezugspreis für beide Ausgaben: 30 Pfg. monatlich, 2.- vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, oder Bringerstraße 21. — Vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, oder Bringerstraße 21. — Bezugs-Verhältnisse nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Poststelle Bringerstraße 19, sowie die Anzeigenstellen in allen Teilen der Stadt; in Bielefeld: die dortige Anzeigenstelle und in den benachbarten Orten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Verlage.



Anzeigenpreis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Kriegs-Markt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einheitlicher Form; 20 Pfg. für sonstige Anzeigen, sowie für alle Anzeigen in anderen Zeitungen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 M. für lokale Anzeigen; 2 M. für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechende Rabatte.

Wichtigste Ausnahme: Für die Abend-Ausgabe bis 10 Uhr morgens, für die Morgen-Ausgabe bis 6 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Gänsestr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451.

Donnerstag, 19. Februar 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 83. • 62. Jahrgang.

Dienstbotenversicherung.

Von Landesversicherungsassessor Seelmann (Oldenburg i. Gr.).

Seit langen Jahren war von den Sozialpolitikern im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege die Einbeziehung der Dienstboten in die reichsgesetzliche Krankenversicherung gefordert. Dieses Ziel wurde endlich nach langen gründlichen Beratungen und unter sorgfältiger Berücksichtigung der Eigenart der Dienstbotenverhältnisse im Sommer 1911 durch die Reichsversicherungsordnung unter Zustimmung aller politischen Parteien erreicht. In der Öffentlichkeit hat sich damals niemand dagegen gewehrt. Als nun aber am 1. Januar diese Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung in Kraft treten sollten und die Höhe der für die Krankenversicherung der Dienstboten zu zahlenden Beiträge bekannt wurde, entstand in nicht geringen Kreisen eine erhebliche Misstimmung, die sogar zu Erörterungen in den Parlamenten führte. Daß diese Erörterungen ergebnislos verlaufen müßten, ist selbstverständlich.

Seitdem haben die Dienstherren in großem Umfange bei den Krankenkassen den Antrag gestellt, die Dienstboten von der Krankenversicherungspflicht zu befreien. Die Dienstherren sind nämlich berechtigt, das Risiko selbst zu übernehmen. Wenn sie sich allen ihren Dienstboten gegenüber durch Vertrag verpflichten, ihnen alles das zu leisten, was sonst die Krankenkasse zu leisten hätte, und wenn die Leistungsfähigkeit der Dienstherren genügend sicher ist, muß die Krankenkasse auf Antrag des Dienstherren die Befreiung von der Krankenversicherungspflicht aussprechen. Es ist in der Öffentlichkeit behauptet worden, daß das nur für Landkrankenkassen gelte, nicht auch für Ortskrankenkassen, und daß deshalb die Befreiungsmöglichkeit da nicht vorhanden sei, wo man auf die Errichtung einer Landkrankenkasse verzichtet habe. Das ist indessen ein Irrtum. Wichtig ist allerdings, daß sich bei Beratung der Reichsversicherungsordnung der Staatssekretär des Innern in diesem Sinne geäußert hat. Er hat sich aber versehen. Das Gesetz bestimmt dies nicht, wie auch von den besten Kommentatoren angenommen wird. Die Befreiung kann also auch da erfolgen, wo die Dienstboten infolge Fehlens einer Landkrankenkasse der Ortskrankenkasse angehören.

Eine andere Frage ist, ob es sich für die Dienstherren empfiehlt, einen solchen Antrag auf Befreiung von der Versicherungspflicht zu stellen. Sie müssen sich zunächst klarmachen, daß sie damit ein erhebliches Risiko übernehmen. Sie müssen sich, wie erwähnt, dem Dienstboten gegenüber verpflichten, ihm im Krankheitsfalle alles das zu gewähren, was sonst die zuständige Krankenkasse leisten müßte, also für ein halbes Jahr ärztliche, zahnärztliche und Spezial-

ärztliche Behandlung, Arznei, Heilmittel, nötigenfalls Krankengeld oder Krankenhausbehandlung, Wochenlohn, Sterbegeld und verschiedene Mehrleistungen, die etwa durch die Zahlung der Krankenkasse eingeführt sind. Die Unterstützungspflicht besteht auch nicht lediglich während der Dienstzeit, sondern unter bestimmten Voraussetzungen auch dann, wenn der Dienstbote erst nach Beendigung des Dienstverhältnisses erkrankt. Ein einziger Krankheitsfall kann Kosten von mehreren hundert Mark verursachen. Das Risiko, das eine Dienstherrenschaft mit einer solchen Befreiung von der Versicherungspflicht übernimmt, ist also nicht gering.

Es kommt aber noch ein anderes in Betracht. Wenn ein Dienstbote derartige Forderungen an die Dienstherren stellt, so können sich daraus die unangenehmsten Erörterungen und Streitigkeiten zwischen Dienstboten und Dienstherren ergeben, die das sonst vielleicht sehr gute Verhältnis zwischen den beiden Parteien trüben. Die Dienstherrenschaft hat daselbst zu leisten, was die Krankenkasse zu leisten hätte. Was das ist, wird in den wenigsten Fällen den Dienstherren und Dienstboten klar sein, denn dazu gehört eine Beherrschung der sehr verwickelten Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung und der Zahlung der Krankenkasse. Streitigkeiten sind also fast unvermeidlich. Welche Dienstherrenschaft ist sich z. B. darüber klar, wann ein Kassenmitglied Anspruch auf Spezialärztliche Behandlung hat, wann es zum Zahnarzt gehen darf oder wann es sich mit einem Zahnarzt begeben muß, wann ein Recht auf Krankenhausbehandlung besteht? Sobald aber die Dienstherrenschaft nicht das gewährt, was die Dienstboten fordern zu können glauben, können diese Klagen beim Amtsgericht erheben. Dienstbotenprozesse gehören nicht zu den Annehmlichkeiten des Lebens. Die Dienstherren haben es aber noch viel einfacher. Sie brauchen nämlich gar nicht zu klagen, sondern können, wenn die Dienstherrenschaft nicht die erforderlichen Leistungen gewährt, sich an die zuständige Krankenkasse wenden, die dann dem Dienstboten nach ausdrücklicher Bestimmung der Reichsversicherungsordnung die Unterstützung gewährt und die Auslagen gegen die Dienstherrenschaft einlagert.

Noch schwieriger wird die Lage dann, wenn etwa die Dienstherrenschaft bei einer privaten Versicherungsgesellschaft Rückversicherung genommen hat, denn dann wird diese sich vielleicht ein Mitbestimmungsrecht sichern, so daß die Dienstherrenschaft als Puffer zwischen Dienstboten und Versicherungsgesellschaft steht.

Wenn hiernach die Befreiung von der Krankenversicherungspflicht kaum im Interesse der Dienstherrenschaft liegt, so haben jedenfalls die Dienstboten und auch die Allgemeinheit ein erheb-

liches Interesse daran, daß die Befreiung unterbleibt. Die Sozialpolitiker haben von der Einbeziehung der Dienstboten in die Versicherungspflicht eine erhebliche Förderung der Volksgesundheitspflege erhofft, denn auch bei Dienstboten sind Krankheiten weit verbreitet, insbesondere auch die eigentliche Volkskrankheit, die Tuberkulose. Ist ein Dienstbote Mitglied einer Krankenkasse, so wird die Dienstherrenschaft ihn anhalten oder jedenfalls nicht hindern, möglichst frühzeitig ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen und damit eine Abkämpfung der Krankheit in ihren Anfangsstadien zu ermöglichen. Ist aber Befreiung von der Krankenversicherungspflicht erfolgt, so steht dem das sekundäre Interesse der Dienstherrenschaft entgegen: sie muß alles bezahlen. Deshalb ist bei dem den Menschen nun einmal innewohnenden Egoismus leider zu befürchten, daß manche Dienstherrenschaften ihren Einfluß auf den Dienstboten dahin geltend machen, daß ärztliche Hilfe nicht in Anspruch genommen wird. Damit wird dann vielleicht der rechtzeitige Augenblick zur erfolgreichen Bekämpfung der Krankheit verpaßt. Welche Dienstherrenschaft wäre z. B. angenehm davon berührt, wenn ein frisches vom Lande zugezogenes Dienstmädchen, das von der Krankenversicherungspflicht befreit ist, bald nach dem Dienstbeginn erkrankt, daß es sich nun erst einmal auf Kosten der Dienstherrenschaft die ganz vernünftigen Zähne vom Zahnarzt in Ordnung bringen lassen wolle, wodurch vielleicht 50 M. Kosten und mehr entstehen. Und doch ist diese Forderung des Dienstmädchens berechtigt und es ist auch durchaus wünschenswert, daß für die Erhaltung der Zähne bald etwas geschieht, ehe sie ganz zerfallen.

Um also den Dienstboten eine ordentliche Krankenfürsorge zu gewährleisten, sollte von der Stellung von Befreiungsanträgen allgemein abgesehen werden.

Politische Übersicht.

Ausschließung der Berliner.

Vom Niederrhein wird uns geschrieben: Der „endgültige“ Beschluß des Zentrums vom 8. Februar gegen die Integralen oder Quertreiber bedeutet keineswegs das Ende des Kampfes. Die Kölner Richtung behauptet, mit dem Zentrum identisch zu sein, und der Beschluß läuft auf dasselbe hinaus. Aber die andere Richtung tut den Kölnern nicht den Gefallen, sich vom Zentrum zu trennen. Die Korrespondenz der Berliner Richtung schreibt: „Wir geben nicht und wir lassen uns nicht hinausdrängen. Wir stehen mit beiden Füßen auf dem Boden des Zentrums und seines Programms, des Zentrums, wie es war, ist und bleiben soll. Beim Zentrum verharren wir, um es gegen die Kölner Rich-

„Ich hatt' einen Kameraden ...“

Aus meinem Leutnantstagebuch.

Von Oberleutnant a. D. W. Reich.

„Ich hatt' einen Kameraden“. — Die Südmaree unter Manteuffel drängte die französische Armee unter Bourbaki gegen die Schweizer Grenze. Die Kapitulation von Paris stand nahe bevor. Mein Regiment trat am 29. Januar, morgens um 8 Uhr, als Avantgarde den Marsch an. Der Weg ist in dem hohen Schnee auf dem sehr zerfahrenen Landwege recht beschwerlich; sonst ist die Gegend im Winterklee herrlich; wir haben bei den Strapazen freilich wenig Sinn dafür. Ich gehe mit Leutnant v. B. zusammen, der heute ganz melancholische Gedanken hat; ich solle das in seinem Tornier befindliche Testament an mich nehmen, wenn er falle. Ich lache ihn aus, bezweifle, daß es heute überhaupt noch zum Schlagen komme, weil die Franzosen froh wären, wenn sie ungeschoren die Schweizer Grenze erreichten. Er bleibt aber bei seinem Gedanken. Jedes Thema, das ich ansetze, läßt er unerörtert und kommt immer wieder auf seine Todesahnungen zurück; so sagt er, er habe immer das bestimmte Gefühl, daß er einen Schuß in den Unterleib bekomme, er halte deswegen in jedem Gefecht die Faust mit der Säbelscheide vor den Bauch. Auch sonst erzählt er mir viel aus seinem Leben, Trauriges und Fröhliches.

Bei dem weiteren Vormarsch mehrten sich die Zeichen des Rückganges der Franzosen. Fortgeworfene Waffen und Ausrüstungsstücke liegen zahlreich auf und an der Straße, ebenso verlassene Fahrzeuge und getödete Pferde, denen die besten Stücke zum Essen herausgeschnitten sind. In mehr oder weniger großer Entfernung sieht man Truppen französischer Soldaten, welche sich beeilen, aus unfremd Gesichtskreis zu kommen. Obwohl es bereits dunkel, marschieren wir weiter, und da wir durch keine Offizieren mehr kommen, denken wir schon an Vorkämpfer. Endlich bringt der Adjutant Befehl, daß wir in Chaffois Quartier beziehen sollen. Nach Aussagen von Gefangenen ist dies aber von 5 Bataillonen und vier Batterien, darunter zwei Mitrailleusen-Batterien, besetzt. Die Avantgarde soll das Dorf nehmen! Das kann ja nett werden! Stadtfürster, dicker Rebel, man kann auf zwanzig Schritte

nicht einmal mehr die Truppe sehen. Unsere Oufaren kommen infolge dessen bis auf wenige Schritte an das Dorf heran, erhalten dann aber ein so überraschendes Schnellfeuer, daß sie in Karriere zurückkommen. Getroffen wird wunderbarerweise niemand, da die Franzosen — wie oft — viel zu hoch schießen.

Während nun unsere Artillerie hinter uns aufsteht, formiert sich das Bataillon in Kompanie-Kolonnen, zwei Kompanien gehen als Schützen etwas weiter vor, zwei bleiben geschlossen dahinter. Beschäftigt ist die Lage nicht. Tiefe Kälte, dicker Nebel, mehr als 3 Fuß tiefer Schnee. Jetzt sehen wir hinter uns eine sich bewegende Laterne und hören in der nur durch die Schüsse der Franzosen unterbrochenen Stille das Kommando bei unserer Artillerie: „2000 Schritt, Richtung auf den Stern!“ Es war tatsächlich ein einziges Sternlein am Himmel sichtbar; und dann beginnen sie zu schießen. Auf der Karte haben sie bei der Laterne die Richtung auf Chaffois bestimmt und gefunden, daß das Dorf in der Richtung des Sternes liegen müsse. Erreicht haben sie freilich nur, daß eine einzige Granate wirklich in das Dorf gekommen ist. Leider wurden die Franzosen dadurch alarmiert und auf den Infanterie-Angriff vorbereitet. Wir sollten, sobald das Artilleriefeuer schweigt, gegen das Dorf vorgehen. Da aber ein Vorwärtkommen abseits der Straße fast unmöglich ist — der Schnee reicht uns, wie wir erprobt haben, tatsächlich bis über die Knie — so werden wir wieder in Marschkolonnen auf der Straße formiert, vorn die dritte Kompanie. Der Divisionskommandeur gibt den Befehl zum Angriff, und nun heißt es: „Das Bataillon geht dicht geschlossen ohne einen Laut und ohne Schuß auf der Straße gegen Chaffois vor; die 3. Kompanie wirft mit dem Bajonett die Dorfwaage über den Haufen. Die 1. Kompanie greift nach den sich ergebenden Umständen ein. Die beiden anderen folgen dicht aufgeschlossen.“

Die Rufe mögen auch anderen außer mir lebhafter geschlagen haben; seit dem 8. August bei Spichern hatte ich schon oft im Feuer gestanden, hatte mich schon oft in Lagen befunden, in denen die Aussichten für das Leben recht gering waren; ich habe nicht empfunden, daß man sich daran gewöhnt; die Umstände waren immer andere und solche gewesen, die mich gar nicht zum Nachdenken über Leben und

Tod kommen ließen. Meist am hellen Tage war ich durch die um mich herum sich abspielenden Vorgänge, durch meine dienstlichen Obliegenheiten, durch meine Aufmerksamkeit auf die Vorgänge beim Feinde und durch die Fürsorge für meinen Zug so in Anspruch genommen, daß ich gar nicht daran denken konnte, ob ich verwundet oder totgeschossen werden würde. Heute war es anders! Man hörte bei dem lautlosen Marsch in dem tiefen Schnee keinen Ton, man sah nur die unmittelbar neben und vor einem marschierenden Leute. Jeder in der Kolonne bewegte sich, tief in sich versunken, vorwärts. Die Kolonne mochte den Eindruck willenlos dahinziehender Gestalten, auf denen ein schmerzliches Gesicht ruht — moritur! — Wenn auch nicht lange, so hatte ich doch hinreichend Zeit zum Nachdenken; dazu kam, daß mir Leutnant v. B. nochmals kurz seine vorhin geäußerten Wünsche wiederholte. Er war aber sonst sehr lustig und machte flüsternd allerlei Witze, so daß ich meine trüben Gedanken los wurde.

Jetzt wird die unheimliche Stille durch Gurragestöße vor uns unterbrochen, zu gleicher Zeit bekommen wir von halb links vorwärts heftiges Feuer. Während wir halten, schickt mir der Führer durch einen Unteroffizier den Befehl, „ich solle mit meinem Zuge gegen das von halb links auf uns gerichtete Feuer vorgehen“. Dem Leutnant v. B. drückte ich noch einmal die Hand, lasse die Gewehre entladen und den Zug in der befohlenen Richtung aufschwärmen, kommandiere dann: „Marsch!“, und nun waten wir lautlos in dem tiefen Schnee die kleine Anhöhe hinan. Sehen konnten wir nur das Aufblitzen der zahllosen Schüsse. Die Antreibung war sehr groß; der Schnee war oben überfroren, so daß man mit Mühe die Beine immer erst herausziehen konnte, wenn man durchgetreten hatte. Dabei war das Weisen der Gewehre und ihr Einschneiden in die überfrorene Schneedecke ein unheimliches Geräusch. Nach etwa 400 Schritten mußte ich meinen erschöpften Reuten eine Ruhepause geben und befahl zu halten.

Wir alle waren trotz der kalten Kälte in Schweiß gebadet. Nach einigen Minuten lief ich den Befehl zum weiteren Vorgehen in der Schützenlinie leise weitergeben. Da dies doch nicht ohne lautes Sprechen auszuführen wurde, nahm das feindliche Feuer wieder sehr zu; ich hatte das Gefühl, daß wir schon ganz dicht an der feindlichen Linie wären und

tung zu schüben." Wenn die Herren nicht freiwillig austreten, so kann das Zentrum sich ihrer nur durch den Ausschluß entledigen. Ausschlußanträge können nur gegen bestimmte Personen, nicht gegen eine "Richtung" gestellt werden. Der Ausschluß steht aber ein Hindernis im Wege: es gibt keine dazu befugte Instanz in der Zentrumspartei. In anderen Parteien ist diese Instanz der Parteitag. Das Zentrum aber kennt keinen Parteitag. Der Katholikentag ist gewissermaßen das Surrogat eines Parteitags. Aber soweit wird man die Verquickung wohl nicht treiben, daß der Katholikentag die Ausschließung bestimmter Personen aus der Zentrumspartei beschließt. Denn das würde schließlich dem Kaiser die Augen darüber öffnen, daß das Zentrum eine konfessionelle Partei ist, und daß folglich diejenigen, die man ausschließen will, recht haben. Es bietet sich daher einseitig keine Möglichkeit, die "Quertreiber" los zu werden, wenn man nicht einen Parteitag schaffen will, und dazu haben die leitenden Kreise keine Neigung. Mithin wird der Kampf in derselben Weise wie seit einigen Jahren weitergeführt werden.

Weiteres aus einem Wahlkampf.

Im Wahlkampf werden bekanntlich die Tatsachen manchmal etwas willkürlich gruppiert oder kontrastiert, weil das gewünschte Ergebnis es so erfordert. Behandelt man nun hüben und drüben dieselben Tatsachen in dieser willkürlichen Art, so können lustige Dinge herauskommen, wie ein Fall aus dem Wahlkampf im 7. badischen Reichstagswahlkreis beweist. Ein Zentrumskandidat schrieb: „Herr Kölsch ist ein schwerer reicher Herr. Dagegen ist Professor Wirth aus einer Arbeiterfamilie hervorgegangen und kennt die Noth des Volkes.“ Und von liberaler Seite soll gesagt worden sein: „Professor Wirth ist ein reicher und weltfremder Mann, der in Freiburg eine Villa besitzt und wenig von den Bedürfnissen des Volkes weiß, im Gegensatz zum liberalen Kandidaten Kölsch, der im vierten Stock auf die Welt gekommen ist.“ (Wir bemerken, daß wir diesen Satz nach einem Zentrumskandidaten zitieren.) Wer seine Kopie ein wenig anstrengt, bemerkt, daß das Tatsächliche in beiden Äußerungen sich wohl miteinander verträgt, und daß nur die Partikeln des Gegensatzes nicht recht an ihrem Platze sind. Es stimmt denn auch wirklich, daß sowohl Stadtrat Kölsch wie Professor Wirth aus bescheidenen Verhältnissen hervorgegangen, heute jedoch wohlhabend sind, also nach diesem Merkmal beurteilt, gleichwertig sein würden.

Deutsches Reich.

* **Agarischer Postbote.** Ein Musterbeispiel des von den Konservativen mit stiller Entrüstung betrachteten Postboten bietet die nachfolgende Interpellation des Abg. Konrad Müller-Wake im oldenburgischen Landtag: „Hält die Staatsregierung es mit den Aufgaben der Landwirtschaftskammer für das Herzogtum Oldenburg vereinbar, daß diese durch ihren Vorstand auf Grund einseitiger Darstellung der Zentralgenossenschaft in Oldenburg in dem Oldenburgischen Landwirtschaftsblatt vom 19. Dezember 1913 (Nr. 51) einen Aufruf erläßt, in dem sie alle Landwirte zum Boykott der Mitglieder des Bremer Vereins von Getreideimporteuren, dem auch namhafte oldenburgische Firmen angehören, auffordert?“

* **Der neue Mietvertragsstempel in Bayern.** Wie die „R. Post“ mitteilt, handelt es sich bei dem vom Finanzminister in Aussicht gestellten neuen Gebührengesetz, durch das das Defizit im Staatshaushalt gedeckt werden soll, um einen Stempel auf schriftliche und mündliche Mietverträge.

* **Verband deutscher Arbeitsnachweise.** Am Freitag und Samstag hat der Ausschuss des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise unter Vorsitz des Landesrats Dr. Freund (Berlin) im großen Sitzungssaal der Landesversicherungsanstalt Berlin eine Vollversammlung abgehalten. Als Vertreter

des Staatssekretärs des Innern nahm an den Verhandlungen Geh. Oberregierungsrat Landmann teil. Vertreten waren sämtliche preussischen Arbeitsnachweisverbände, ferner Bayern, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen, Hamburg und die Thüringischen Staaten. Von den Beschlüssen sind hervorzuheben: Der Verband der Arbeitsnachweise wird sich in einen Verband der Arbeitsnachweisverbände umwandeln. Bezüglich des Verhaltens der öffentlichen Arbeitsnachweise bei Streiks und Aussperrungen hat der Ausschuss seine Ansicht dahin ausgesprochen, daß über Streiks und Aussperrungen der Arbeitsnachweis entweder keinerlei Mitteilungen macht oder daß solche Mitteilungen gleichmäßig sowohl an die Arbeitssuchenden als an die Arbeitgeber erfolgen müssen. Für die Verwaltung öffentlicher Arbeitsnachweise einigte man sich auf folgende Grundzüge: Die Kosten der Arbeitsnachweise sollen in der Regel dem Träger der öffentlichen Arbeitsnachweise (Kommunen, Vereinen) zur Last fallen. Die Vermittlung hat in streng unparteiischer Weise zu erfolgen, eine Bevorzugung organisierter Arbeiter darf nicht stattfinden. Die Anstellung und Beförderung der Beamten der Arbeitsnachweise geschieht durch den Träger der öffentlichen Arbeitsnachweise, dessen Aufsicht die Beamten unterliegen und dessen Anordnungen sie zu befolgen haben. Der nächste deutsche Arbeitsnachweiskongress findet in der ersten Hälfte des Oktober in Stuttgart statt.

* **Die Raiffeisen-Organisation im Jahre 1913.** Dem Generalverband ländlicher Genossenschaften für Deutschland (Raiffeisen) gehörten am 31. Dezember 1913 5482 Mitglieder an, und zwar 4485 Spar- und Darlehenskassenvereine und 997 Betriebsgenossenschaften. Es bedeutet dies gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 198 Mitgliedern, der sich mit 112 auf die Spar- und Darlehenskassenvereine und mit 84 auf die Betriebsgenossenschaften verteilt. Der genannte Mitgliederbestand von 5482 Genossenschaften Ende des abgelaufenen Jahres verteilt sich auf die 13 zur Raiffeisen-Organisation gehörigen Landes- und Provinzialverbände in folgender Weise: Es zählten die Verbände mit dem Sitz in Berlin 710 Genossenschaften, Braunschweig 213, Breslau 785, Danzig 414, Erfurt 555, Frankfurt a. M. 217, Rastatt 444, Koblenz 461, Königsberg i. Pr. 308, Ludwigshafen a. Rh. 282, Nürnberg 479, Posen 35 und Straßburg i. E. 494; dazu kommen 25 direkte Mitglieder des Generalverbandes.

— **Einen Ferienkursus über Volkswirtschaft, staatsbürgerliche Fortbildung und Nebekunst** veranstaltet der Bund Deutscher Bodentreffer zum viertenmal in Berlin in der Osterwoche vom 14. bis 19. April. Bisher haben über 1300 Personen aus mehr als 500 Orten unseres Vaterlandes an den Kursen teilgenommen. Elf Dozenten, die als Wissenschaftler und Praktiker sich bereits hohe Verdienste erworben haben, werden über folgende Themen reden: „Einführung in die sozialen Probleme der Gegenwart“, „Grundlagen der Volkswirtschaft“, „Kolonialprobleme“, „Städtische Sozialpolitik“, „Agrarwesen“, „Industrielle Probleme“, „Weltmarktsverkehr“, „Arbeitslosenfrage“, „Verhütung von Arbeitskonflikten“, „Beamtenrecht“, „Genossenschaftswesen“, „Organisationsfragen“ und „Rhetorik“. Außer den Vorträgen finden noch Besichtigungen von sozialen Einrichtungen und industriellen Unternehmungen statt. Zum Kursus haben Damen und Herren Zutritt. Die Hörgelgebühr beträgt 5 und 10 M. Näheres ergeben die Prospekte, die vom Bund Deutscher Bodentreffer, Berlin, Leffingstraße 11, kostenfrei versandt werden.

Heer und Flotte.

Schiffsbewegungen. Eingetroffen: S. M. S. „Dietrich“ am 14. Febr. in Randal (Madras). S. M. S. „Victoria Louise“ am 14. Febr. in Vigo. S. M. S. „Dresden“ am 14. Febr. in St. Thomas. S. M. S. „Scharnhorst“ mit dem Chef des Kreuzesgeschwaders am 15. Febr. in Marat (Nord-Borneo).

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Die Entrechtung der Deutschen in Südbanien. Während nach dem Rezept der Berliner Rede des Grafen Apponyi die leitenden Männer der kaiserlichen Regierung, an der Spitze Graf Tisza, von Freundschaftsbegegnungen und Anerken-

nungen für den Wert der deutschen Sprache und die Rechte ihrer deutschen Mitbürger überquellen, gehen die provinzialen und örtlichen Verwaltungsbehörden — sicherlich doch nicht ohne Wissen und Willen der Spitzen des Staates — nach dem alten Verfahren rücksichtslos übergriffe gegen diejenigen Deutschen vor, welche ihre sprachlichen Rechte im ungarischen Staate verteidigen. Zu den in der deutschen Presse mit Entzückung bereits erörterten Fällen der Verurteilungen der deutschen Redakteure und Drucker, Weiser und Weiler, ist als neuester der Fall Heegn hinzuzufügen. Reinhold Heegn ist nach den Mitteilungen des Vereins für das Deutschtum im Ausland der Führer des Deutschtums in der südbanischen Stadt Werschetz im Kampf um seine angestammten Rechte. Die Härte seiner Gesinnung und sein mannhaft offenes Auftreten haben ihm das rücksichtslose Vertrauen seiner deutschen Mitbürger gewonnen, die unter seiner Führung als deutsche Bürgerpartei im Kampf um die Werscheider Stadtverwaltung erfolgreich durchgedrungen sind. Die deutsche Mehrheit übertrug ihm den Vorsitz im Werscheider Schulrat, der mit der Verwaltung des städtischen Schulwesens betrauten Körperschaft. Nun hat ihn der magyarische Obergespan kurzerhand seines Amtes enthoben und ihn unter Anklage gestellt, weil er kraft seines Amtes versuche, dem Unterricht in der deutschen Sprache und deren Gebrauch in den Sitzungen des Schulraths die ihr verfassungsgemäß gebührende Stellung zu verschaffen! — Man darf gespannt darauf sein, wie sich die deutschen Abgeordneten im magyarischen Parlament gegenüber dieser neuesten Vergrößerung verfassungsmäßiger deutscher Rechte verhalten werden.

Rußland.

Ein großartiges Schiffbauprojekt. Petersburg, 17. Febr. Hier weist ein Vertreter des amerikanischen Syndikats für die Winternschiffahrt, John Murray, welcher der Regierung den Vorschlag macht, die großen russischen Flüsse im Interesse der Schiffahrt zu vertiefen und zu reinigen. In erster Linie handelt es sich um die Wolga und ihre Nebenflüsse. Murray verspricht die Vertiefungsarbeiten, die 250 Millionen Dollar kosten würden, in drei bis fünf Jahren auszuführen und verlangt dafür für das Syndikat das Recht, von allen auf den vertieften Flüssen verkehrenden Handels- und Passagierschiffen eine Steuer im Laufe von 30 bis 40 Jahren zu erheben. Die Regierung hat ihre Antwort auf das großartige Projekt noch nicht gegeben.

Die Stellung der Frau in der Ehe und die Ehecheidung. Petersburg, 17. Febr. Die Reichsduma verhandelte heute über den Gesetzentwurf über die Erweiterung der Persönlichkeits- und Eigentumsrechte der verheirateten Frauen. Durch den Gesetzentwurf sollen verheiratete Frauen ermächtigt werden, getrennte Pässe ohne Erlaubnis des Ehegatten sich ausstellen zu lassen, und von ihren Ehegatten getrennt lebende Frauen sollen das Recht erhalten, Angestelltenverträge und Dienstverträge öffentlichen und privaten Charakters abzuschließen sowie sich als Schülerinnen in verschiedenen Schulen aufnehmen zu lassen, und endlich ohne Ermächtigung durch ihre Ehegatten Verträge abzuschließen. Als Gründe, die eine häusliche Trennung von Ehegatten zulassen, werden anerkannt: Instandsetzungs- oder Geisteskrankheit des Ehegatten, Unfähigkeit der Frau zur ehelichen Gemeinschaft, das Verhalten des Ehegatten, das mit den Ehepflichten unvereinbar ist, Immoralität und schwere Verleumdungen. Der Gesetzentwurf regelt die Rechte der in häuslicher Trennung lebenden Ehegatten gegenüber ihren Kindern. Der Oskobist Godnow brachte einen Antrag ein, angefaßt der Mangelhaftigkeit der bestehenden Gesetze über die Ehecheidung einen entsprechenden Gesetzentwurf der Duma vorzulegen. Der Gesetzentwurf wurde angenommen, ebenso der Antrag Godnows.

Luftfahrt.

Der Süddeutsche Flug 1914. München, 18. Febr. Für den Süddeutschen Flug ist die Zeit vom 10. bis 15. Okt. 1914 festgesetzt worden. Der Flug geht über die Städte Nürnberg, Regensburg, Augsburg, München, Friedrichshafen, Stuttgart, Marburg, Kitzingen, Schweinfurt, Thüringen, Hof, Bamberg nach Nürnberg zurück.

kommandierte jetzt ganz laut: „March! March! Hurra!“ So arbeiteten wir uns wieder eine Strecke gegen das sehr heftige Feuer vorwärts. Dennoch mußte ich noch einmal Halt machen, weil mir selbst der Atem völlig ausging. Schon mancher meiner braven Jungen farbte den Schnee mit seinem Blute. Wir hatten bis jetzt — wie ich es befohlen hatte — noch nicht einen Schuß abgegeben. Erst jetzt ließ ich laden und das Feuer eröffnen, obwohl wir nichts als das Aufblitzen der feindlichen Schüsse sehen konnten. Nach wenigen Minuten kommandierte ich nochmals: „March! March! Hurra!“ und erreichte nach kurzer Zeit die Umfassungsmauer eines größeren Gebäudes, welches Kopf an Kopf mit Franzosen besetzt war. Während meine Leute sich hinter die Mauer stellten und heftig schossen, sprang ich auf die am Eingang errichtete Barrikade, mit mir ein Unteroffizier, ein Einjährig- und einige Leute. Ich rief den Franzosen mein „à bas les armées“ zu und ließ zu gleicher Zeit das Feuer einstellen, da nur noch von Häusern einzelne Schüsse auf und hielten. Mehrere französische Offiziere überreichten mir ihre abgemalten Säbel und erklärten, sich mit der Besatzung ergeben zu wollen. Ich ordnete das Niederlegen der Waffen an und ließ die Gefangenen hinter einem der Häuser sammeln. Hiermit noch beschäftigt, erhalten wir wieder ein sehr heftiges Feuer von einem der Häuser des Gebäudes, welches aus vier Gebäuden bestand. Ich ließ einen Halbzug bei den Gefangenen, befahl den unbewaffneten französischen Offizieren, mit Ausnahme von zweien, mich zu begleiten, gehe gegen das letzte noch verteidigte Haus mit dem Halbzuge vor und schickte einen der französischen Offiziere voraus, um die dortige Besatzung zum Einstellen des Feuers zu veranlassen. Das gelang aber erst nach wiederum schmerzlichen Verlusten. Erst jetzt konnte ich alle Gefangenen — 5 Offiziere, 260 Mann — entwaffnen und sammeln.

Das Gefecht wird dann plötzlich durch Trompetensignale der Franzosen unterbrochen; ein Waffenstillstand soll in Paris geschlossen sein, und wirklich müssen wir nachher die Gefangenen ohne Waffen wieder entlassen, obwohl sich später herausstellte, daß wir — die Südmarmee — davon ausgeschlossen sind. Die Zahl unserer Gefangenen belief sich im Ganzen auf über 1000, außerdem waren zwei Gefährte genommen. Die Franzosen haben viel Leute verloren; aber auch wir haben den Sieg mit 5 Offizieren, 88 Mann bezahlt. Unter den tödlich verwundeten Offizieren war auch mein Freund, Leutnant

v. B., dessen Todeswunden sich also leider erfüllten. Er hatte tatsächlich einen Schuß in den Unterleib bekommen, an dem er nach 10 Stunden starb.

Am Morgen des 30. Januar sehe ich mir das Feld der Tätigkeit von heute nacht an, finde dabei noch manchen unverwundenen Verwundeten, suche dann Leutnant v. B. auf, welcher mit Leutnant v. D. zusammen in einer Wauernstube lag. v. D. war noch in der Nacht das Bein amputiert, er schlief wie ein Toter und hatte rote Waden. v. B. hatte schon die Totenfarbe und lag mit geschlossenen Augen da. Als ich mit trübem Gesicht eine Weile an seinem Bett gestanden, schlug er die Augen auf und sagte: „Na, alter Freund, stehen Sie doch nicht so traurig da, sehen Sie sich an mein Bett und ergötzen Sie mir, wie es Ihnen ergangen ist.“ Als ich ihn fragte, ob er große Schmerzen habe, sagte er: „Meine Schmerzen quälten mich genug, wenn ich allein bin, lassen Sie und von etwas anderem sprechen.“ Auf meine Frage nach seinen Erlebnissen während des gestrigen Gefechts sagte er mit leuchtenden Augen: „Die Leute meines Zuges waren begeistert brav; Sie hätten die Prachtkriege sehen sollen, jeder ein Held! Meinen Schuß habe ich auf wenige Schritte beim Eindringen in ein Gefäß bekommen, und sehen Sie — sagte er — ich dachte ja, daß ich in den Unterleib getroffen würde, der Schuß ist durch die Waise gegangen.“ „Als ich lag“ — fuhr er fort — „mußten meine Leute, von denen zwei tot neben mir lagen, zurück. Wir drei blieben dort liegen, und die Salven plünderten uns ganz aus, selbst meine Ringe haben sie mir mit Gewalt abgezogen. Um mich mit Erfolg zu wehren, war ich schon zu matt; sie haben mir nichts als Hemd, Unterhosen und Strümpfe gelassen; wenn ich nicht noch in der Nacht von unseren Krankenträgern gefunden worden wäre, wäre ich wohl erdrossen, und den armen Kerls neben mir haben sie die Hüften und ihre paar Pfennige abgenommen.“ Als ich ihm die Hoffnung ausdrückte, daß er wieder hergestellt werde — was freilich ganz ausgeschlossen war —, lächelte er und sagte: „Das glauben Sie ja selbst nicht, lieber Reiche; morgen früh werden Sie mich begraben; darum machen Sie mir noch ein recht fröhliches Gesicht und bleiben Sie bei mir; allein kommen einem so schreckliche Gedanken.“ Ich erzählte ihm nun den Verlauf des Gefechts und von meinen gefährlichen Erlebnissen, dabei war er so, als ob wir beim Glase Bier säßen; nur zuweilen zuckte es schmerzhaft in seinem Gesicht. Als er den an meiner linken Brust

von meinem Burschen nicht gerade schön zusammengeklebten Nib bemerkte — mir hatte ein Streifschuß den Kopf und das Hemd auf der linken Brust gestreift —, nannte ich ihm die Ursache; da gab er mir die Hand und sagte: „Ich beglückwünsche Sie, ein paar Zentimeter tiefer, dann könnten Sie auch nicht mit mir plaudern.“ Der Arzt sagte mir später, er sei unrettbar verloren, es handle sich nur um wenige Stunden, man müsse ihm den Tod je eher je lieber wünschen, er habe ganz rasende Schmerzen aus. Ich habe bewundernd und begeistert an dem Todeslager dieses Helden gestanden. Als ich merkte, daß er doch sehr matt wurde, sagte ich ihm Lebewohl und drückte ihm zum letzten Mal die Hand. Draußen konnte ich meine Tränen nicht länger zurückhalten. Am Nachmittag ist er dann sanft entschlafen.

Heute soll die Beerdigung der Gefallenen — Deutschen und Franzosen — stattfinden. Ich mache mich deshalb auf, meinen Freund v. B. noch einmal zu sehen. In der Kirche finde ich die Leiche erst nach langem Suchen. Särge waren nicht zu beschaffen gewesen, so lagen die Toten, jeder mit seinem Mantel bedeckt, auf den kalten Steinen des Fußbodens. v. B. lag, wie er im Bett gelegen: mit dem, was ihm die Schlachtfeldhähnen bei der Stürmung gelassen hatten, zugedeckt mit einem Mantel eines Musikanten. Die treuen blauen Augen standen noch starr und weit auf. Mir wurde so traurig zu Mut; es machte einen gar zu entsetzlichen Eindruck, alle diese Leiden, so dürrig bekleidet, mit Blut bespritzt, auf den kalten Fliesen der Kirche, darunter er! Ich versuchte, ihm die Augen zuzubringen, was mir nur zum Teil und mit Mühe gelang. Die Totenstarre war schon zu lange eingetreten, das übrige tat die Kälte. Ich deckte ihn wieder zu, sprach ein kurzes Gebet und schied mich davon.

Am Mittag gehen wir alle zum Begräbnis. Die Feier in der Kirche ist so ergreifend, wie ich nie eine mitemachte. Vor dem Altar liegen Arm an Arm Deutsche und Franzosen; zu beiden Seiten des Altars stehen der evangelische und der katholische Geistliche. Nach einem von der Orgel begleiteten Gesang halten beide Geistliche noch einander eine sehr zu Herzen gehende Rede; dann werden die Toten auf Kranenbahnen hinausgetragen. Draußen auf dem Kirchhof gähnt ein großes Massengrab und vier einzelne Gräber für Offiziere. Nachdem die Leichen hineingelagert waren und Erde drauf geschüttet ist, kommen die drei Salben und damit ist wieder ein Akt des großen Völkergedramas geschlossen.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Aus dem Bureau der Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime.

Unter dieser Überschrift bringt die „Volkstimme“ einen längeren Artikel, in dem sie u. a. folgendes behauptet:

„Die Gesellschaft beschäftigt in Wiesbaden etwa 27 Angestellte männlichen und weiblichen Geschlechts. Den Betrieb leitet als Vorsteherin Fräulein Sophie Kuerbach, Vorsitzende des Verbands weiblicher Bureauangestellter. Als die Dame Bureauvorsteherin wurde, hätte man annehmen sollen, daß sie nun auch als Vorsteherin all das einführen werde, was sie als Angestellte verlangte, wofür sie predigte und agitierte. Begegnungen Fräulein Kuerbach ging denselben Weg, den der Oberkellner geht, wenn er Hotelbesitzer wird, der dann noch mehr nach unten drückt, als dies der langjährige, geschulte Hotelier tut. Für gute Arbeitsräume sorgt die Vorsteherin nicht. Für 27 Angestellte steht nur ein Klosett zur Verfügung, und es ist ständelös, zu sehen, wie ein Mädchen auf die Benutzung des nützlichen Raums wartet und dann ein Mann heraustritt. Mit den Handtüchern wird äußerst sparsam umgegangen. Sehr oft steht für alle Angestellten nur ein einziges zur Verfügung, und das ist in der ersten Stunde schon so schmutzig, daß Angestellte, die auf Sauberkeit halten, ihr eigenes Handtuch mitbringen. Der Mißstand wurde trotz öfteren dringlichen Ersuchens nicht abgestellt. Ein anderes Moment zeigt Vorsteherin und Gesellschaft in einem eigenen Licht. Alle Angestellte waren nach dem Handelsrecht angestellt: Kündigung nur 6 Wochen vor Quartalschluß. Jetzt forderte die Vorsteherin von den an Jahren älteren männlichen Angestellten die Unterzeichnung eines Vertrages, der nur vierwöchige Kündigung vorsah, und erklärte rücksichtslos, daß die Weigerung die Kündigung zur Folge habe. War dem Gehilfen bisher die Möglichkeit gegeben, die Kündigung nur viermal im Jahr zu erwarten, so steht ihm das Vergnügen jetzt zwölfmal im Jahr in Aussicht. Früher waren die Zustände schon schlimm, als die Bureau noch im Hause des Kommerzienrats Baum, des geistigen Vaters der Kaufmanns-Erholungsheime, waren. Im höchsten Stockwerk der Reinenindustrie, in einem Raum ohne Luft und Licht, arbeitete sich der Angestellte die Gesundheit zugrunde. Jetzt sind die Arbeitsräume wohl etwas besser, dafür läßt die Behandlung sehr viel zu wünschen übrig. Der weibliche Bureauvorsteher kämpft den Kampf der Geschlechter im Betrieb der Gesellschaft aus.“

Würde das alles zutreffen, was hier behauptet wird, dann hätten in erster Linie die kaufmännischen Angestellten ein dringendes Interesse daran, gegen die in dem Bureau der „Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime“ herrschenden Zustände Stellung zu nehmen. Darin stimmen wir der „Volkstimme“ vollständig bei — und jeder sozial Fühlende wird daselbe tun —, daß das Personal einer Gesellschaft, die der Wohlfahrt der kaufmännischen Angestellten dient, vor allem nach hygienischen und humanen Grundsätzen behandelt werden muß. Wie uns die angegriffene Geschäftsstelle mitteilt, entspricht indessen der Artikel des sozialdemokratischen Blattes nicht der Wahrheit. Zunächst sei Fräulein Kuerbach lediglich Vorsteherin der Korrespondenzabteilung und nicht des gesamten Bureaus. Die hygienischen Einrichtungen des Bureaus seien die besten. Nur eins sei richtig: die vertragsmäßige Festsetzung einer vierwöchigen Kündigungsfrist. Sie sei aber gegen den Protest des Fräuleins Kuerbach erfolgt, und zwar aus Gründen mehr persönlicher Natur. So die Geschäftsstelle, die sich vielleicht noch weiter zu den Vorwürfen äußern wird. Welche Gründe es aber auch sein mögen, die zur Befestigung der handelsrechtlichen sechsmonatigen Kündigungsfrist geführt haben: diese Maßnahme ist eine Gatte, mit der man sich kaum wird einverstanden erklären können.

Drahtloses Zeitsignal.

Die Anfänge einer Übermittlung der genauen astronomischen Zeit durch drahtlose Signale reichen in das Jahr 1906 zurück. Der erste regelmäßige Zeitsignaldienst wurde 1907 bei der Funkstation Camperdown bei Halifax eingeführt. Es folgten außer anderen Stationen im Jahre 1910 die deutsche Küstenstation Norddeich und die Pariser Eiffelturmsstation. Der Zeitsignaldienst besteht im wesentlichen darin, daß zu bestimmten Tageszeiten radiotelegraphische Zeichen nach vereinbarten Schema zu abgegeben werden, daß z. B. eines der Zeichen genau 1 Uhr mittags bedeutet. Die Station Norddeich erhält ihre Zeitangabe von dem Kaiserl. Marineobservatorium in Wilhelmshaven. Die Auslösung der Zeichen bei den Radiostationen erfolgt selbstständig durch eine Präzisionsuhr, deren Gang von einer Sternwarte aus elektrisch korrigiert wird. Die Zeitsignale waren ursprünglich lediglich dazu bestimmt, dem Seefahrer die zur Positionsbestimmung notwendige Zeitangabe zu liefern. Seitdem fast jeder größere Dampfer eine Station für drahtlose Telegraphie an Bord hat und auch die kleineren Fahrzeuge, Küstenfahrer, Fracht und Fischereidampfer in immer größerer Anzahl mit Radiostationen ausgerüstet werden, wird in der Seeschifffahrt in ausgiebiger Weise Nutzen aus dem Zeitsignaldienst gezogen. Ein großes Interesse an der Einrichtung des täglichen Zeitsignals haben von Anfang an auch die Uhrmacher befunden. Ihr Wunsch, sich den Zeitsignaldienst mit Hilfe eigener Stationen nutzbar zu machen, ist von der internationalen Konferenz gewürdigt worden. Die Errichtung des Zeitsignals wurde in jüngster Zeit vom Reichspostamt durch den Erlaß einiger Sonderbestimmungen für die Errichtung solcher Signalstationen wesentlich gefördert. Es ist mit Freude zu begrüßen, daß die Reichspostverwaltung aus Rücksicht auf die Wahrung des Telegraphenmonopols nicht allzu strenge Maßnahmen vorgeschrieben hat, um die großartige Entwicklung dieses Gebiets nicht von vornherein zu unterbinden. Seit einigen Monaten ist auch in Wiesbaden bei der Uhrmacherhandlung Fr. Kappeler eine drahtlose Zeitsignalfunktion im Betrieb und arbeitet seitdem ohne jegliche Störung mit der größten Genauigkeit. Das Zeitsignal wird täglich zweimal gegeben und die größte Differenz beträgt höchstens Bruchteile einer Sekunde. Die genannte Firma ist gerne bereit, auf Wunsch Interessenten die genaue Zeit anzugeben.

— Das neue Müllverwertungsprojekt der Stadt Wiesbaden. In einer Mainzer Zeitung lesen wir die folgende Notiz: „Der Wiesbadener Dred. Wie veranlaßt, soll die Stadt Wiesbaden auf die Ablagerung ihres Mülls im

Uhlhornschacht verzichtet haben, weil ihr von andernorts ein günstigeres Angebot gemacht worden sei.“ Daß der Stadt „von andernorts“ ein günstigeres Angebot für die Ablagerung ihres Mülls gemacht worden sei, stimmt ebenso wenig wie die weitere Behauptung, daß sie auf die Benutzung des ihr vom hiesigen Reichsfiskus in Aussicht gestellten Geländes am Rhein verzichtet hat. Im Gegenteil! Es besteht begründete Aussicht, daß es zu einer Verständigung mit der hiesigen Reichsbahn kommt und daß sich die Stadt Mainz davon überzeugen läßt, daß ihre gegen das Projekt erhobenen hygienischen und ästhetischen Bedenken unbegründet sind.

— Neuer Lehrplan für den Gesangsunterricht. Das „Antike Schulblatt“ veröffentlicht einen Lehrplan für den Gesangsunterricht in Volksschulen, der selbst für die einlässige Volksschule das Singen nach Noten vorschreibt. — Ob gerade für diese Schulen mit ihrer beschränkten Zeit viel dabei herauskommt, muß abgewartet werden.

— Kinderkostümfest. Sonntag, den 22. Februar, findet ein Kinderkostümfest des Karnevalsvereins „Nachtstraßen“ im Theateraal der „Wallstraße“ statt, das mit Aufschub, Karussells, Schießbuden usw. ausgestattet werden wird. Der August sowie die Clowns einer Zirkusgesellschaft sind engagiert. Das Fest beginnt nachmittags 3 Uhr und jedes Kind erhält ein Geschenk.

— Der Stellenwechsel im Kontor und Laden steht vor der Tür. Wie alljährlich, so werden auch am diesjährigen 1. April zahlreiche Handlungsgehilfen ihre Plätze wechseln. Da heißt es für den Chef, rechtzeitig für guten Erfolg, für den Gehilfen, für eine neue gute Stellung besorgt zu sein. Bei dieser Gelegenheit sei daher wiederum auf die Stellenvermittlung der großen kaufmännischen Verbände hingewiesen. Der größte von ihnen, der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband (Sitz Hamburg), der allein 150 000 Mitglieder zählt, hat eine bei Prinzipalen und Gehilfen im besten Ansehen stehende Stellenvermittlung, die auch im verflossenen Jahre wieder mit steigendem Erfolg arbeitete. Hand in Hand mit dieser Einrichtung arbeitet die Versicherung gegen Stellenlosigkeit, die von 1903 bis 1913 911 222,21 M. Renten an Stellenlose auszahlte, im vergangenen Jahr allein 202 830,14 M.

— Zur Warnung. Ein Leser teilt uns mit: Am 16. Januar d. J. offerierte ein angeleglicher Rentant aus Brüssel öffentlich erste und zweite Hypothekengelder. Ich wandte mich an denselben, und er teilte mir daraufhin Finanz- und Provisionsfrage mit, verlangte auch meine Papiere. Alles das wurde ihm zugestimmt, um so mehr, als der Mann angeblich, es handle sich um Stiftungsgelder. Als er alle die Unterlagen hatte, kam die Hauptfrage: er verlangte 80 Franken für Überlieferung der Papiere ins Französisch! Natürlich war nun das Rätsel für mich gelöst: der Mann hatte meine Papiere in Händen und glaubte nun, ich würde auf seine plumpe Wucherschand sofort hereinkommen. Ich habe aber eine Auskunft eingeholt und die besagt, der Betreffende sei erst kürzlich von Köln nach Brüssel gekommen und habe kein Geld zur Verfügung. Also Vorsicht vor diesem „Rentanten“!

— Personal-Nachrichten. Regierungsrat v. Hundelshausen in Wiesbaden ist, wie der „Reichsanzeiger“ meldet, der Charakter als Geh. Regierungsrat verliehen worden.

— Meine Notizen. Auf seine 25-jährige Tätigkeit im Dienste der Postverwaltung kann am 19. d. M. der Postkammermann Ernst Schiel zurückblicken. — Das kürzlich erwähnte Sozium in dem Hause Karlsruher 37, wobei ein Schwänder unter Anwendung von Schweißpulver Verwundungen verursachte, hat sich bei einer seit einigen Monaten in dem Hause eingewirkten Frau Witwe Wommardt zugezogen. Der meist Geschädigte ist ein Postbeamter, der sich bei der Vorgenannten in einem möblierten Zimmer eingemietet hatte.

Aus dem Vereinsleben.

Vorberichte, Vereinsversammlungen.

* Am Samstagabend 7 Uhr findet im „Frauenklub“ ein Maskenfest statt.

* Der „Krieger- und Militärverein“ veranstaltet Fastnacht-Samstag, den 21. Februar, abends 8 Uhr 11 Min., in dem Festsaal des „Gesellenhauses“, Dohrbeymer Straße 24, einen Maskenball.

* Die allgemein beliebten Festschönungsveranstaltungen des „Turnvereins“ (Siedmündstraße 25) nehmen am Samstag, den 21. Februar, mit einem großen Kirchweihfest in Oberbahren ihren Anfang. Die gewaltige Turnhalle ist in ein oberirdisches Dorf umgewandelt, wo mächtige Tannenbäume am Eingang den Kirchweihbesucher begrüßen und festsche Szenen zu einem Tanz einladen. Reges Leben herrscht beim Gewirt, dessen Lokal durch Tannenbäume und reichen Blumenstand zu einer Lebenswunderwelt geworden ist. Die Billeter, Musik und Tanz werden hier die Kirchweihbesucher festhalten, auch wird beim Gewirt der Wirtmeister die Kirchweih eröffnen. Nach der Kirchweih ist Aufstieg ins Gebirge zur „Wiesbadener Hütte“. Semesterrinnen werden hier die ermunterten Obhutspatzen begrüßen und mit einem vorzüglichen Trunk wieder aufmuntern. Die Abfahrt ins Tal erfolgt durch eine Rutschbahn. Nach der Ankunft im Tal laden das Hofbrauhaus und das Café „Babaria“ zu einem Besuch ein, von wo dann möglichst die Heimreise erfolgt.

Mitteilungen aus dem Geschäftsleben.

(Für Redaktionen mit Verlag unterzeichnet.)

Deidelberger Gesellschaftsreisen. Wir machen auf die Deidelberger Gesellschaftsreisen nach der Riviera u. s. w. besonders aufmerksam. Die Reisen bieten noch Billigkeit, gute Unterkunft und Verpflegung und erfreuen sich in allen Kreisen größter Beliebtheit. F 28

Aus dem Landkreise Wiesbaden.

— Viehtrieb, 17. Febr. Sein hiesiges Dienstjubiläum feiert heute Postkammermann Johann Kaiser. Gestern Abend fand aus diesem Anlaß im Gasthause „Zur Post“ eine kleine Feier statt, an der außer den Kollegen des Jubilars auch die Beamten des hiesigen Postamtes zusammen mit Postdirektor Hirsch teilnahmen. Dem Jubilar wurde vom Bezirksverband der unteren Post- und Telegraphenbeamten eine kunstvoll ausgestattete Ehrenurkunde überreicht. Der Gesangsverein der Postunterbeamten erfreute durch mehrere Chorvorträge.

— Vierstadt, 17. Febr. Die betriebsübenden Gemeinde- wahlen machen sich in zahlreichen Wahlversammlungen bemerkbar. Insbesondere sind es drei Vereine, welche sich in die sieben Mandate zu teilen gedenken, der Bürgerverein, der Bezirksverein des Villenbiertals und der Haus- und Grundbesitzerverein. Hierzu treten sodann noch die Gewerkschaften und die Landwirte. Es haben sich bisher folgende Kandidaten für folgende ausstehende Stellen: 1. Klasse: Reinhold Semler (verstorben), Ludwig Mayer, Pfaffstetter, und Ludwig Vogel (verstorben). 2. Klasse: Wilhelm Schmalz, Wegscheider, Karl Friedrich Vierhauer, Landwirt. 3. Klasse: Ludwig Voder, Linder, und Wilhelm Schmalz. 4. Klasse: Die 1. Klasse zählt 57, die zweite 105, die dritte 724 Wahlberechtigte. Für die 3. Klasse wird ein besonderer Tag festgesetzt: am folgenden wählen die 2. und 1. Klasse. Die Wahlen finden voraussichtlich vor dem 15. März statt. — Der Gemeinderat genehmigte das Verlangen des Wäckermeisters Emil Ludwig Vogel, das Amt und Ehrenbezeichnung, unter dem Vorbehalt, daß das zur Erweiterung der Eisenbahnstrecke nötige Gelände gegen Veräußerung an die Gemeinde abgetreten wird. — Am Sonntag hielt Diplombauingenieur Schild (Hörsing) vor dem versammelten Gemeinderat und Gemeindevorsteherungsmit-

gliedern einen Vortrag über Viehstabs Kanalisation. Die Sitzung war eine gelehrte. Es sei nur mitgeteilt, daß sich Herr Schild gegen die gewählte Kanalisation mit Oberbau für unsere Ortsteile ausgesprochen. Auch ist nicht ohne weiteres gesagt, daß unser Villenbiertal an das städtische Kanalsystem angeschlossen werden muß. Im Gegenteil wird man versuchen, sich in bezug auf Kanalisation auf eigene Füße zu stellen. — Die Jahres-Gewinnverteilung des hiesigen Konsumvereins für Hauswirtschaft im Gasthause „Zur Krone“ war ziemlich gut. Der Vorsteher gab den Jahresbericht, aus welchem hervorgeht, daß der Verein 150 Mitglieder zählt. Der Kassierbericht zeigte in Einnahmen und Ausgaben je 24 000 M. Trotzdem hier ein Arbeiterkonsumverein gegründet ist, hat der Verein doch einen guten Erfolg für 1913 zu verzeichnen gehabt. Das Gesamtvermögen ist von 4900 M. auf 5400 M. angewachsen. Die Rechnungsprüfungscommission hatte alles in Ordnung befunden und dem Kassierer wurde Entlastung erteilt.

— Frauenklub, 17. Febr. Die außerordentlich zahlreiche Beteiligung an der heute stattgefundenen Versammlung des Burgviks Georg Sina letzte Zeugnis ab von der Beliebtheit und dem Ansehen, das der Verein bei uns und in der Umgebung geniesst. Mit ihm ist wieder einer der Kriegsteilnehmer von 1870/71 dahingegangen, vier Kameraden konnten ihm noch das letzte Geleit geben. An der Versammlung beteiligten sich der größte Teil der hiesigen Einwohnerschaft, viele auswärtige sowie die hiesigen Vereine: Kriegerverein, Militärverein, Kirchenchor, dessen Ehrenmitglied er war, der Männergesangsverein, der in ihm einen seiner Gründer verlor, der Turnverein, die Freiwillige Feuerwehr und eine Musikkapelle. Die beiden Gesangsvereine trugen vor dem Stadthaus und auf dem Friedhof je ein Gedächtnis und Mitglieder des Kriegervereins erwiesen dem Verstorbenen die letzten militärischen Ehren.

Nassauische Nachrichten.

Die weitschreitenden Sangesbrüder.

FC. Unterliederbach, 18. Febr. Der Gesangsverein „Germania“ in Unterliederbach feiert in diesem Jahre das Fest seines 50-jährigen Bestehens. Aus diesem Anlaß beabsichtigt er, das Fest am Pfingstsonntag und -montag mit einem Gesangsweitschritt zu begehen, zu dem ihm außer wertvollen Ehrenpreisen 14 Geldpreise in Höhe von über 3000 M. zur Verfügung stehen. Am dem Sonntagmorgen war der Delegiertentag der an dem Gesangsweitschritt teilnehmenden Gesangsvereine mit gleichzeitiger Schlußversammlung in den Sälen des „Altebaus“ nach Unterliederbach einberufen, der sehr gut besucht war. Leider hielten die Vereine mit ihren Meldungen sehr zurück, so daß der Verhandlungsführer zu Beginn der Verhandlungen ein seit Jahren nicht mehr festgestelltes, geradezu klägliches Resultat zum Vortrag bringen mußte. Trotz der außer der Reihe hohen Geldpreise haben sich nämlich nur 10 Vereine gemeldet, und zwar in der 1. Stadtklasse 2, in der 2. und 3. Stadtklasse je 1, in der 1. Landklasse 1, in der 2. Landklasse 2, in der 3. Landklasse 3, in der C-Klasse überhaupt kein Verein. Unter diesen Umständen hielt es der festgebende Verein nach einer längeren Debatte für geboten, den Weitschritt auf 14 Tage bis 8 Wochen zu verlängern, einen erneuten Delegiertentag einzuberufen, in der Zwischenzeit auch darüber zu beraten, ob für den Weitschritt, für den zwei Tage vorgesehen sind, nur Pfingstmontag in Betracht komme und ob zwei Sonderpreisen geschaffen werden sollen. Sollten bis zu dem neuen Termin noch einige der bisher gemeldeten Vereine abfallen oder zurücktreten, so soll der Weitschritt ausfallen, jedoch unter allen Umständen stattfinden, wenn auch bis zum neuen Delegiertentag keine weitere Meldung erfolgt. In der Debatte wurde von einer Seite darauf hingewiesen, daß die tatsächliche Beteiligung wohl in der Hauptsache darauf zurückzuführen sei, daß für die nächste Zeit in näherer und weiterer Umgebung nicht weniger denn 80 Gesangsweitschritte zu erwarten seien. — Wie wir von anderer Seite hören, soll sich die schlechte Geldzahl daraus erklären, daß sich seit einiger Zeit unter den Sangesbrüder eine große Weitschrittmüdigkeit geltend zu machen scheint.

* Strick, 17. Febr. Fabrikarbeiter Gantner erhielt das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze.

m. Altesheim, 17. Febr. Die Gewährung einer Ortszulage an die Volksschullehrer wurde in der heutigen Stadtverordneten-Versammlung beschlossen. Den hiesigen Lehrern werden demnach nach 10 Dienstjahren 100 M. und nach 20 Dienstjahren 200 M. und den Lehrerinnen die Hälfte dieser Beiträge bewilligt. Beschlossen wurde, für die durch das Hochwasser an der Ostsee Geschädigten eine Kollekte zu veranstalten. Hierzu sollen aus städtischen Mitteln 800 M. zugelegt werden. Beschlossen wurde, die Lage „Engergraben“ dauernd als Vogelschutzgehölz auszubauen. Die Mittel hierzu wurden bewilligt. — !! Die hiesige Turngemeinde hat sich zur Übernahme des Sauturnfestes im Jahre 1915 gemeldet. Der am 1. März in Mittelheim zusammengetretene Turntag des Gauves Süd-Nassau wird bereits hierüber Beschluß fassen.

ht. Vom Feldberg, 17. Febr. Regen und ständig steigende Sonneneinstrahlung haben unter den Schneemassen ganz erheblich aufgeräumt. Fast alle Wege, die zu Tal führen, sind schnee- und eisfrei, infolge der Schneeschmelze bilden sie aber gegenwärtig unpassierbare Wildbäche, die rauschend und brausend in die Tiefe stürzen. — Der stark gestiegene Touristenverkehr im Hochtaunus macht die Erbauung eines weiteren Gasthauses notwendig. Es soll seinen Platz zwischen dem Großen Feldberg und dem Sandpladen erhalten, ganz in der Nähe des alten Sandpladenhauses. Die Gemeinde Schmittgen hat bereits ihre Zustimmung zu dem Bau, der sofort begonnen werden soll.

— Vom Westerwald, 17. Febr. Die Fortschrittliche Volkspartei hat am Samstag und Sonntag auf dem Westerwald in Marienberg, Unna und Erbach öffentliche Versammlungen abgehalten, die sich zahlreichen Besuch aus allen Kreisen der Bevölkerung erfreuten. Parteiführer Max Müller (Frankfurt a. M.) sprach über „Fortschrittliche Bürger- und Bauernpolitik“ und hatte dabei Gelegenheit, einerseits die Dringlichkeit der Reform des preussischen Landtagswahlrechts darzulegen und andererseits die Stellung der fortschrittlichen Volkspartei zu landwirtschaftlichen Fragen eingehend zu erläutern. Es ergab sich, daß trotz der Agitation des Bundes der Landwirte die kleinbäuerliche Bevölkerung des Westerwalds treu zur Fahne des Liberalismus hält. — In nächster Zeit werden weitere Versammlungen an anderen Orten folgen.

S. Ochsenburg, 17. Febr. Am 22. d. M. findet hier ein Jugendpflegetag für den Oberwesterwaldkreis statt. Als Redner sind genannt: Lehrer Meier (Hörsing), über die körperliche Ausbildung der Jugend und Lehrer Heinrich (Verob) über „Die sittliche Erziehung der Jugend“.

S. Alenrod, 17. Febr. Der Sohn des hiesigen Schreinermeisters Müller erlitt dadurch eine schwere Verletzung an der Hand, daß das Verschlussrad eines pflanzlichen Treibriemens die Hand traf. Der Verunglückte mußte in die Klinik zu Gießen gebracht werden.

Aus der Umgebung.

Die Erkrankungen im Hanauer Eisenbahn-Regiment Nr. 3. v. Hanau, 18. Febr. Durch die Zeitungen laufen Nachrichten über angebliche Massenerkrankungen beim Eisenbahn-Regiment Nr. 3 in Hanau. Wie „Wolffs Telegraphenbureau“ von zuständiger Stelle erfährt, sind beim 1. und 2. Bataillon

beim Eisenbahn-Regiment Nr. 3 in Hanau Erkrankungsfrankheiten in großer Zahl aufgetreten. Der Verlauf der Erkrankungen ist bisher durchaus gutartig. Die meisten Erkrankten sind bereits wieder dienstfähig. Die bakteriologische Untersuchung auf Typhusbazillen ist negativ ausgefallen.

Frankfurt a. M., 17. Febr. Am Sonntag lagte im Saal des Turnvereins „Vorwärts“ hierseits eine Bezirksversammlung des Verbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten, welche von über 900 unteren Beamten besucht war. Nachfolgende Resolution wurde einstimmig angenommen und den Reichstagsmitgliedern übermittelt: „Die am Sonntag, den 15. Februar 1914, in Frankfurt (Main) im Saal des Turnvereins „Vorwärts“ tagende, von über 800 unteren Beamten besuchte Versammlung des Bezirksvereins Frankfurt (Main) des Verbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten hält im Hinblick auf die bei den Gehobenen hervortretenden großen Härten und Ungleichheiten in der Befolgung, deren Befolgung als dringend notwendig anerkannt ist, die Berücksichtigung dieser Beamtenklasse neben derjenigen der Postbefrager in der Novelle zum Besoldungsgesetz für ein Gebot dringender Notwendigkeit. Die Bezirksversammlung gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Regierung und Reichstag Mittel finden werden, um das Gebot der gehobenen unteren Post- und Telegraphenbeamten noch durch den Etat 1914 in ausreichender Weise zu erfüllen.“ — M. Im Rathaus tagten gestern die Militärsenatsabteilungen. Es nahmen daran Vertreter des Generalstabs aller Armeekorps, des großen Generalstabs, der Marine-Stationen, des Reichseisenbahnamts usw. teil. Die Verhandlungen sind nicht öffentlich. — In einer großen vom deutschen Bankbeamtenverein einberufenen Versammlung wurde die völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und die Sicherung des Vereinigungsrechtes auf gesetzlichem Wege gefordert und in einer Entschließung Reichsregierung und Reichstag erwidert, diese Wünsche zu berücksichtigen. — Der Kaufmann Wilhelm Bartenhäger, der in Friedberg in Stellung war und 1900 M. unterschlagen hat, wurde hier samt seiner Geliebten verhaftet. — In der vergangenen Nacht stießen auf dem Mainkanal zwei Rangierzüge aufeinander. Der Materialschaden ist gering. Die Dampfschiffe des Reichseisenbahnamts sind in der Nacht gestrandet, der zu Seilschnitten führte, etwa 400000 Mark.

Hamburg u. d. S., 17. Febr. Einer der Mitarbeiter der Hamburger Eisenbahn, Bahnmeister Franz Rüh, ist in Hildesheim im Alter von 82 Jahren gestorben.

S. Altsiedler (Besterwald), 17. Febr. Zwischen Krankenkasse und Ärzten ist hier eine Einigung zustande gekommen. Jeder Arzt erhält seinen Kurpreis, hat also bestimmte Gemeinden zu behandeln. Die Vergütung beträgt pro Jahr und Kranker 6 M., für ganze Familie 18 M. pro Jahr.

Aasel, 17. Febr. Im hier garnisonierenden Infanterie-Regiment Nr. 168 sind drei Soldaten unter der Bezeichnung abnormen Erscheinungen erkrankt. Einer von ihnen, der Musiker Reis von der 4. Kompanie, ist im Lazarett gestorben. Der Tod soll durch eine noch hinzugeordnete Lungenerkrankung eingetreten sein. Die anderen beiden Soldaten werden isoliert behandelt. — Ms. Nach schwerem Reiben starb hier gestern der Landesrat Dr. Hermann Weigel, seit nahezu drei Jahrzehnten im Dienste des kommunalständischen Bezirksverbandes und der Provinzialverwaltung von Baden-Baden tätig, im Alter von erst 59 Jahren. — Der Buchhalter einer Zigarrenfabrik in der Holländischen Straße mißbrauchte das ihm entgegengebrachte Vertrauen in der schändlichsten Weise. Nach Schluß der Geschäftseisen erbrach er mittels Stemmheften das Innere des eisernen Geldschrankes und raubte es aus. Es fielen ihm als Beute 1200 M. in Bar und ferner Wertpapiere in die Hände, worauf er flüchtete. Dringender Verdacht der Missetat besteht noch gegen einen Arbeiter der Firma, welcher ebenfalls flüchtig geworden ist. Beide Verdächtige sind übrigens noch jung an Jahren, der erstere ist 30, der andere 19 Jahre alt.

Sport und Spiel.

sr. 8. Turnier deutscher Pferde. Das Meeting erreichte am Sonntag mit der Entscheidung der Goldenen Reichtrope seinen zükünftigen Höhepunkt. In dieser Konkurrenz trafen sich alle diejenigen Pferde, die im Preis von Ostpreußen, Preis von Hannover, Preis von Albrechtshausen und der Handels-Materialprüfung placierte worden waren, zu dem Zweck, das beste Pferd des Turniers festzustellen. Die Richter standen vor keiner leichten Aufgabe, denn die 13 Bewerber präsentierten ganz ausgezeichnetes Material. Nach längerer Prüfung wurde Dr. E. Kunze's Wallach 2, geritten von Frau v. Goltberg, der Sieg zugesprochen. In dem von 22 Konkurrenten bestrittenen Lebenswohl-Jagd-Springen passierten 14 Pferde fehlerlos die Sprünge und mühten unter Hitzchen. Auch hier ergaben sich gleiche Leistungen, da vier Bewerber in totem Rennen auf dem ersten Platz endeten. In der Hochspring-Konkurrenz kam es gleichfalls zu einem toten Rennen. Oberleutnant Martins' Schieber und Direktor Olsons' Panzer sprangen beide ohne Fehler ein Hindernis von 1,70 Meter Höhe. Der Grenzpreis der Herren v. Weinberg fiel durch das Los an Direktor Olson.

Das Feldbergfest. Der vorbereitende Ausschuss hielt letzten Samstag in Wiesbaden eine Sitzung ab und beschloß, den diesjährigen Feldberg-Turntag, zu dem alle Turnvereine des Mittelrheintales der Deutschen Turnerschaft einen Vertreter entsenden können, auf Sonntag, den 15. März, vormittags 9½ Uhr, einzuberufen, und zwar in die Turnhalle des Turnvereins „Vorwärts“, Vodenheim. Außerdem wurde beschlossen, dem Turntag zu empfehlen, das diesjährige Feldbergfest, entgegen der seit vielen Jahren gebräuchlichen Gepflogenheit, wonach dasselbe stets am ersten Sonntag nach dem 15. Juni abgehalten wurde, auf Sonntag, den 2. August, zu legen. Maßgebend für die Verlegung des Festtags war das ungünstige nebelige Wetter, das schon seit einer Reihe von Jahren im Monat Juni regelmäßig herrschte und das Fest ungünstig beeinflusste, während die Witterungsverhältnisse im Monat August doch in der Regel besser und beständiger sind.

ok. Die Bundesversammlung des Deutschen Federbundes am 15. Februar im „Hotel Schirmer“ zu Aassel war zahlreich besucht worden von Hamburg, Berlin, Dresden, Gannover, Frankfurt, Darmstadt, Offenbach a. M., Wiesbaden, Mainz u. a. m. und tagte unter dem Vorsitz des Bundesvorsitzenden Herrn Ertrath-de Vary (Offenbach). Wiesbaden war im Namen des hiesigen Federbundes vertreten durch den Vorsitzenden des Federbundesvereins Hauptmann O. Kesselring und Herrn J. Müller. Der letztere wurde bei der Vorstandswahl als Beisitzer in den Vorstand für 1914 gewählt. Aus den Verhandlungen sind die Beschlüsse über das Bundesturnier 1914, die Beteiligung an den Baltischen Spielen in Malmö 1914 und die Vorbereitungen auf die Olympiade 1916 in Berlin beachtenswert. Das Bundesturnier 1914 wird in Hamburg abgehalten, vom 11. bis 13. April (Etern), vorangehend die zweite jährliche Bundesversammlung am Karfreitag. Die Beteiligung an den Baltischen Spielen in Malmö, etwa vom 12. bis 16. Juli, wurde ebenfalls beschlossen und ein Zuschuß bewilligt. Ein Antrag

Kesselring, der Vorstand des D. F. B. solle von der Bundesversammlung beauftragt werden, eine durch den Bund selbst auszustellende, offizielle urkundliche Anerkennung der bestehenden Lehrkräfte für das moderne Fechten in Deutschland in die Wege zu leiten und gleichzeitig die Schaffung einer staatlichen Bildungsanstalt für Fechtlehrer anzuregen, um die Unabhängigkeit von den bisher einzig bestehenden Anstalten des Auslandes (Rom, Joinville, Wien) bei der Beschaffung von Lehrkräften zu erreichen, wurde einstimmig angenommen.

Gerichtssaal.

Der Zigeuner Ebender vor den Geschworenen.

— **Hannau, 17. Febr.** Unter dem Vorsitz des Landrichters Grau begann heute vor dem hiesigen Schwurgericht die Verhandlung gegen den Zigeuner Ernst Ebender wegen Mordversuchs an dem Gendarmenwachmeister van Surs aus Fulda und an dem Landwirt Franz Behner aus Kammertzell. Der Prozeß bildet ein Nachspiel zu dem Mord des Richters Romanus, der bekanntlich im Februar 1912 von Zigeunern ermordet wurde. Ebender, ein junger, schmächtiger Mensch, wird in Zuchthauskleidung und gefesselt vorgeführt. Im Gerichtssaal sind alle Sicherheitsvorkehrungen getroffen, um irgendwelche Erregung nicht auskommen zu lassen. Auf die Bitte des Angeklagten, gestattet der Vorsitzende, daß Ebender im Gerichtssaal die Heflein abgenommen werden. Da zwei Tage für die Verhandlung in Aussicht genommen sind, wird eine Anzahl Zeugen bis morgen entlassen. Der Vorsitzende stellt alsdann die Personalien des Angeklagten fest und geht auf sein Vorleben ein. Der Vater des Angeklagten, Fritz Ebender, wurde im Jahre 1905 bei einem Streit mit seinem Schwager von diesem erschossen. Der Angeklagte, der damals 16 Jahre alt war und tötlich in den Streit eingriff, erhielt dafür seine erste fünfmonatige Gefängnisstrafe. Auf die Frage des Vorsitzenden, wann er geboren sei, erklärt Ebender: Das weiß ich nicht. Der Vorsitzende stellt fest, daß der 28. Oktober 1889 der Geburtstag des Angeklagten ist. — Vorsitzender: Haben Sie eine Schule besucht? — Angeklagter: Nein. Ich habe in meiner Jugend Korbmacher gelernt, aber das Handwerk später nicht ausgeübt. — Vorsitzender: Sind Sie verheiratet? — Angeklagter: Ich lebe mit Karoline Hedmann in wilder Ehe und habe ein Kind. Auf weitere Vorhaltungen erklärt Ebender, daß er 12 Geschwister habe und daß ein Bruder von ihm, der ebenfalls einen Wachmeister erschossen hat, hingerichtet worden sei. In Mainz wurde der Angeklagte einmal wegen eines Einbruchsdiebstahls gefaßt. Als ihm ein Gendarm auf den Hals war, schloß er auf ihn und brachte ihm eine Verletzung bei. Das Schwurgericht in Mainz verurteilte ihn dafür zu 5 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Wegen einer schweren Meuterei in Meiningen erhielt er später noch eine Zusatzstrafe, so daß er insgesamt 6 Jahre und 6 Monate Zuchthaus zu verbüßen hatte. Der Angeklagte steht jetzt noch unter dem Verdacht, weitere Kapitalverbrechen in verschiedenen deutschen Städten verübt zu haben. So soll er in Warburg nachts einen Arbeiter getötet, in Eisenach auf einige Schuhmacher und Landwirtschaftsgehilfen geschossen haben. Der Angeklagte bezeichnet diese Anschuldigungen als grundlos. Zu der jetzt zur Anklage stehenden Sache erklärt er, er habe auf den Gendarm und Landwirt geschossen. Aber er sei damals betrunken gewesen, daß er sich auf Einzelheiten nicht erinnern könne.

Wc. Als Wettvermittler etabliert hat sich der frühere Offizier Johann Raus, zurzeit in Frankfurt, nachdem das Empfinden in ihm wach geworden war, daß er zu „Höherem“ geboren sei und nachdem ihm vorerst bei der probemäßigen Ausübung dieses neuen Metiers in kluger Weise beigegeben worden war, daß dieses sein Empfinden ihn nicht täusche. In einer Wiesbadener Wirtschaft hielt er seine Sprechstunden ab, und es wurden ihm dort Wetten auf in- und ausländische Pferderennen von allen Seiten zugetragen. Sein Unglück, endlich ertwischt zu werden, hat er lediglich dem Umstand zuzuschreiben, daß er seiner Umgebung gegenüber nicht reinen Mund halten konnte und daß kompromittierende Briefschaften bei ihm vorgefunden wurden. Wegen Beihilfe beim gewerbsmäßigen Glücksspiel verurteilte ihn die Strafkammer in Wiesbaden zu einer Woche Gefängnis sowie 700 M. Geldstrafe.

ht. Ein Hauptmann als Gehorsamsverweigerer. Thoren, 18. Febr. Das Kriegsgericht der 85. Division zu Thorn verurteilte heute den Hauptmann Scher vom 81. Feldartillerie-Regiment wegen Gehorsamsverweigerung und Achtungsverletzung seinem Major gegenüber, der bis vor kurzem gleichfalls Hauptmann im Regiment war, zu 14 Tagen Stubenarrest. Der Ausschluß der Öffentlichkeit, der während der ganzen Verhandlung aufrecht erhalten wurde, ist mit militärdienstlichen Interessen und damit begründet worden, daß der Sachverhalt bei nichtmilitärischem Publikum nicht das nötige Verständnis finden würde.

Neues aus aller Welt.

Selbstmord aus Gram über die Wehrsteuer. Altenkirchen, 17. Febr. Im benachbarten Sodenberg wurde der reiche Bauer des Dorfes, namens Burtbach, in seiner Scheune erhängt aufgefunden. Vor seinem Tode hatte der Selbstmörder geäußert, die Heranziehung seines Besitzstandes zur Wehrsteuer habe ihm das Leben verleidet.

Aber eine halbe Million für ein Halsband. Paris, 18. Febr. Im Versteigerungssaal Drouot wurde ein siebenreihiges, aus 408 Perlen gebildetes Halsband, das aus dem Nachlaß einer in Paris bekannten Dame stammt, für den Betrag von 580 000 Franken verkauft. Eine Diamantenschnur erzielte die ansehnliche Summe von 75 000 Franken.

Die Krupp'schen Jubilare. Essen (Ruhr), 17. Febr. Bei der letzten Feier der Krupp'schen Jubilare wurde festgestellt, daß bei der Gießhahnsfabrik 3898 Angestellte länger als 25 Jahre im Dienst stehen. Im ganzen sind bei dem Unternehmen 70 240 Werkangehörige beschäftigt. 247 haben ein Alter von über 85 Jahren.

Ein verheerender Vollenbruch. Obiedo, 18. Febr. In der vergangenen Nacht ist ein überaus heftiger Vollenbruch über Obiedo und Umgebung niedergegangen. Ein Teil der tiefer gelegenen Stadt ist vollständig überschwemmt. Die Einwohner haben sich auf die Dächer geflüchtet. Zahlreiche Häusern wurden weggerissen. Der Vollenbruch hat außerordentlich großen Schaden verursacht; in Manjona und Puerto de Plata sind mehrere Häuser fortgerissen worden. Die Straßen und Eisenbahnlinien sind teilweise zerstört worden, so daß an mehreren Stellen der Eisenbahnverkehr unterbrochen ist. Viele Bewohner befinden sich in großer Not.

Deutscher Reichstag.

Kunst und Sittlichkeit.

S. Berlin, 18. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Dem Reichstag war heute der neue Gesetzentwurf gegen die Gefährdung der Jugend durch die Verkaufsfähigkeit von Schriften, Abbildungen und Darstellungen — die Schmutzliteraturnovelle, wie sie kurz und schlecht getauft worden ist — zugegangen. Der Zufall fügte es, daß auch die fortgesetzte Debatte über den Etat des Reichsjustizamts sich mit dem Kampf gegen den Schmutz in Literatur und Kunst befaßte, und so hatte die Sitzung von vornherein ihre Signatur. Auf dem Tisch des Hauses lagen, von den Abgeordneten dicht umdrängt, Antragspostkarten und andere Reproduktionen von unzüchtigen und angeblich unzüchtigen Kunstwerken, und jeder einzelne Redner belämpfte mehr oder minder ausführlich dieses Thema.

Nachdem der nationalliberale Abgeordnete v. Bist die Haltung des Abgeordneten Köhling im preussischen Abgeordnetenhaus verteidigt und die Schiffer'schen Anträge noch einmal empfohlen hatte, trat Dr. Certeil auf, der heute aber, wie immer, wenn er sachlich sein möchte, schrecklich langweilig war. Die Art und Weise, wie er den „Schmutz“ in Wort und Bild bekämpfte, wird am besten dadurch illustriert, daß er kurzerhand Sezessionisten, Futuristen und Kubisten, alles kunterbunt in einen Topf wirft, ohne — wie er selber zugestand — Bilder der Sezession gesehen zu haben. Dr. Müller-Meinungen war es, der dieses Muster konservativer Grundlichkeit und Ehrlichkeit an den Pranger stellte. Der fortschrittliche Redner führte trefflich aus, daß die Judikatur gegen die angeblich unzüchtigen Postkarten, insbesondere die Nachspeicherung der 12 Berliner Strafkammer, an den drei fügen Ideen leide, daß alles Radte an sich unzüchtig sei, daß die Unzüchtigkeit durch die Reproduktion erhöht werde, und daß der Indegriff der Unzüchtigkeit — die Postkarte sei.

Große Heiterkeit erweckte der Redner durch den Hinweis auf die Konfiskation von defektierten Büsten in den Freireisen. Auch der Sozialdemokrat Heine gab einige Proben richtiger Kunstausfassung in Preußen zum besten und protestierte vor allem gegen die noch stärkere Fassung der Verleumdungsparagrafen. Staatssekretär Lisco suchte etwas Öl auf die Wogen zu gießen. Er hütete sich wohl, die Nachspeicherung des Reichsgerichts zu verteidigen, verlangte dafür aber, daß die neueste Definition, die das Reichsgericht dem Wort „Unzücht“ gebe, anerkannt werde. Der Abgeordnete Dove konnte in später Stunde sich nur noch mit den nationalliberalen Anträgen beschäftigen. Die nach seiner Meinung in der vorliegenden Fassung kaum Annahme finden. Um 7 Uhr schloß die Diskussion; nur der Fall der Witte Ham soll in einer besonderen Besprechung erörtert werden, allerdings ohne den Staatssekretär, der schon heute eine Beteiligung an dieser Debatte ablehnte.

Sitzungsbericht.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

Berlin, 18. Februar.

Am Bundesratsitz: Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisco. Auf dem Plaze des Präsidenten liegt ein prächtiger Blumenstrauß aus Anlaß seines 70. Geburtstages. Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1,16 Uhr und dankt den Schriftführern für die Aufmerksamkeit. Die zweite Lesung zum

Etat des Reichsjustizamts

wird beim Titel „Staatssekretär“ fortgesetzt. Abg. Ritt-Ohltingen (natl.): Der Abg. Köhling hat im Abgeordnetenhaus davon gesprochen, daß in einem solchen Falle, wie Zobern, von den leitenden Staatsmännern die Staatsraison über die Gerechtigkeit zu stellen sei. Allgemein hat er diesen Satz nicht aufgestellt. Er hat damit gesagt, daß der leitende Staatsmann unter Umständen einen anderen Standpunkt einzunehmen habe als ein Richter. Die Novellengefegung ist der einzige Weg, um unser gegenwärtiges Recht laufend zu verbessern. Wenn auch unsere Resolution, betr. Verjährung des Rechtsverfahrens, nicht allgemein Zustimmung gefunden hat, so hat sie doch wenigstens eine gründliche Erörterung der Verhältnisse hier veranlaßt.

Die Novellengefegung muß besonders den Schutz der Gläubiger gegen böswillige Schuldner schaffen und auch sonst hinsichtlich der Kaufverträge große Klarheit schaffen.

Hinsichtlich der religiösen Erziehung der Kinder aus Mischchen gelten noch immer veraltete Bestimmungen. Es sollte ausgeschlossen sein, daß ein gewisser Zwang ausgeübt wird. Der Staatssekretär möge sich dieser Frage mit Wohlwollen annehmen. Jedenfalls bedürfen wir auch eines Gesetzentwurfs über den Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses. Zu unserem Bedauern hat die Kommission den von der Regierung geforderten sechsten Reichsanwalt abgelehnt. Aus den Ausführungen des Staatssekretärs geht zur Genüge hervor, daß diese Forderung eine dringende ist, und wir haben deshalb in einem Antrag die Wiederherstellung dieser Regierungsvorlage gefordert. (Beifall.)

Bayerischer Bundesratsbevollmächtigter v. Treutlein-moerbes: Im Laufe der Debatte ist auf einen Fall die Sprache gekommen, in welchem in Amberg die Straßsteine einer Zeugin ihrer flehentlichen Bitten verlesen worden ist und die Zeugin darauf einen Selbstmord verübt hat. Daraufhin kann ich mitteilen, daß die Straßsteine auf dringendes Verlangen des Verteidigers verlesen worden ist, um die Glaubwürdigkeit der Zeugin zu erschüttern. Die Zeugin ist mit zwei Jahren Gefängnis wegen Diebstahls und Falscherei bestraft. Der Selbstmordversuch stellt sich so dar, daß sie versucht hat, sich die Pulsader aufzuschneiden, aber nur ganz leichte Verletzungen davongetragen hat. Dieser Fall zeigt, daß man Presseäußerungen recht vorsichtig aufnehmen sollte.

Abg. Dr. Certeil (kons.): Auch wir bedauern, daß der Landrat Nöcker durch einen unbedachten Mafel bestraft worden und daß auf diesen trefflichen Mann ein solcher Schatten geworfen worden ist. (Bravo! rechts.) Die Novelle der Majestätsbeleidigung hat leider dazu geführt, daß manche Presseäußerungen nicht verurteilt werden, so diejenige, wo dem Kaiser das Schicksal des Königs von Portugal ziemlich deutlich vorgehalten wurde. Die persönliche Ehre muß besser geschützt werden, auch gegen Verleumdungen durch die Presse. Das Urheberrecht hat sich nicht so gut bewährt, wie seine Väter, Dr. Müller-Meinungen und ich, erwarteten.

Hinsichtlich der Sensationsprozeßberichterstattung ist es in der ersten anhängigen Presse aller Parteien besser geworden.

Das Publikum will seine Sensationsprozesse haben, wie unsere Väter auf den Jahrmärkten ihren Märschen Körper bewundern wollten. Unglaublich ist, daß der gebildete Mann, der ein Verhältnis mit der Hedwig Müller hatte, noch angeschuldigt wurde, weil er das Mädchen gebildet hatte. Die anständigen Presse hat nichts dagegen, wenn die Öffentlichkeit bei Gerichtsverhandlungen ausgeschlossen wird, wo solches möglich ist. Unter dem Deckmantel des Studiums des sexuellen Problems werden alle möglichen Ausschreitungen begangen und gefördert, auch in Doktor-Dissertationen. Die Darstellungen werden mit Leichtfertigkeit auch Kindern zugänglich gemacht. Auch die Postkartenindustrie nimmt sich dieser Dinge an und bildet dabei eine erhebliche Gefahr. Sie verhandelt die Kunst vielfach und schafft aus der reinen edlen Nacktheit lüsterne Darstellungen. Wir wollen keine falsche Scham und keine Prüderie, wohl aber ein verständiges Schamgefühl. Die Zurückdrängung der Scham ist die Rückkehr zur Unkultur. Wir müssen unser Volk wieder zur religiösen Auffassung erziehen, nicht bloß zum Christentum. Das ist kein Mädelertum. Den Satz: „Justitia fundamentum regnorum“, ergänze ich dahin: „Fundamentum justitia timor Dei“. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Wpt.): Ich kehre wieder zu weltlicheren Dingen zurück. (Heiterkeit.) Mein Satz von den preussischen Behörden, die auf einzelne Bestimmungen des Vereinsgesetzes pfeifen, hat im Abgeordnetenhaus schwere Angriffe gegen mich gezeitigt. Ich habe damit keineswegs behauptet, daß hohe und höchste Stellen dieses Recht ignorieren.

Die Staatsanwälte müssen unabhängiger gemacht werden, sonst glaubt kein Mensch mehr an ihre Objektivität.

Die Novellengesetzgebung ist nötig, da wir mit den Reformen nicht 15 Jahre warten können. Auch die Regierung geht diesen Weg, indem sie uns alle paar Tage eine Novelle vorlegt. Heute ist uns wieder eine Vorlage zugegangen, die, wie ich fürchte, schwere Kämpfe hervorgerufen wird. Auch wir wollen den Schmutz im Bild ernstlich bekämpfen, aber es darf unter dem Deckmantel der Sittlichkeit sich nicht eine meist sehr unsittliche Moral breit machen.

Wir finden, daß die größten Potenzjäger nach außen hin am meisten in Sittlichkeit machen.

Wegen Auswüchse der Presse muß sich die Presse selber helfen. Es ist falsch, alles Radikal als unsittlich zu bezeichnen. Der Dreck der Kunstleppereien ist derselbe wie derjenige photographischer Reproduktionen; sie wollen dem Volke die Kunstwerke zugänglich machen nur für billiges Geld. Wir sollten doch froh sein, daß wir im Reproduktionswesen England und Amerika erreicht, ja vielleicht übertroffen haben. Die ausgestellten unsittlichen Darstellungen sind nicht in Läden beschlagnahmt worden, sondern in den Lagern der Verlagsanstalten. Abgeordneter Dertel stürmt wie ein Elefant in den Porzellanladen und läuft Gefahr, die kostbaren Kunstwerke zu zerbrechen. In Friseur- und Konfektionshäusern werden nackte Büsten entfernt, weil sie defolletiert sind; werden derartige unbescheidene lebende Damen auch von Hofbällen zurückgewiesen? (Abg. Heine ruft: Die Hofbälle sind nicht so verloschen!) Ich weiß nicht, ob Sie auf Hofbällen so große Praxen haben. Es ist aber doch geradezu unerträglich, in solcher Weise die Sittlichkeit retten zu wollen. Die uns zugegangene Vorlage spricht weiter von öffentlichem Argernis; das ist ein böser Begriff. In einem Prozeß hatte ein Schuttmann Argernis genommen, der andere nicht, obgleich der Hauptmann es in der Instruktionsstunde verbot, Argernis zu nehmen. (Große Heiterkeit.)

Glücklicherweise sind die Turnhöfen der Mädchen nicht mehr unzüchtig, nachdem der Kaiser in München die Turnfeste selbst besucht hat.

Eine durchbrochene Bluse oder Badenstrümpfe genügen einem Schweinekehl zur Aufregung. Es spottet jeder Beschreibung, wie diese Schweineerei, die sich sittlich nennt, vorgeht gegen das Meiste und Beste. Das Falsche ist die Verballhornung der deutschen Dichter. Nützlich ist ein Gesetz zum Schutze der deutschen Klassiker. (Sehr richtig! links.) Manche Richterbrüche sind geradezu unerträglich. Der Richter muß im öffentlichen Leben sich betätigen und Vertrauensmann des Volkes sein. Wir werden in dieser Richtung mitarbeiten im Interesse der Entwicklung des Staatsgedankens. (Lebhafter Beifall.)

Staatssekretär Dr. Lisco: Es ist auf Gerichtsentscheidungen Bezug genommen worden, durch welche Postkarten mit Reproduktionen als unzüchtig erklärt worden sind. Die Urteile müssen zunächst überraschen, die Sachlage ergibt zuweilen, daß die Karten von dem betreffenden Händler in einer Umgebung von Lüsternen, obzönen Darstellungen angeboten wurden. Die Dinge gewinnen damit ein ganz anderes Gesicht. Es muß Aufgabe der Gesetzgebung sein, eine Verbreitung derartiger Reproduktionen erneut zum Gegenstand der Erwägungen zu machen.

Abg. Heine (Soz.): Ausgerechnet Dr. Dertel hat über den Mangel an Schutz der persönlichen Ehre gellagt. Dabei hat Dr. Wöhme neulich mitgeteilt,

daß in den letzten zwei Jahren nicht weniger als 27 Mitglieder des Bundes der Landwirte und Konservative wegen Verleumdung der führenden Männer des Deutschen Bauernbundes verurteilt worden sind.

(Hört! Hört!) Verleumdungsflagen scheinen mir das ungeeignete Mittel im öffentlichen Kampf zu sein. Der Vorwurf der Klassenjustiz ist von uns niemals in dem Sinne gemacht worden, daß wir den Richtern bewußte Rechtsbeugung vorwerfen. Sie verstehen aber nicht die Seele des Mannes aus dem niederen Volke. Wir leben noch zu sehr im Polizeistaat. Auch die Staatsanwaltschaft gehört zur Justiz. Daß eine große Fülle von Parteilichkeit vorkommt, wissen wir alle; sie kann nicht anders, denn sie ist abhängig von den Verwaltungsbehörden. Hinsichtlich der Beurteilung künstlerischer Reproduktionen verfährt das Gericht geradezu pervers. Wer aufgewachsen ist in der Scheu vor dem Radten, der wird natürlich späterhin beim Anblick des Radten leicht zur Sinnlichkeit gereizt. Es handelt sich um eine Frage der Bildung und Kultur, und wir sind hier auf dem richtigen Wege mit der Aufklärung der Jugend.

Staatssekretär Dr. Lisco legt Betwahrung ein gegen einige Ausdrücke in den Ausführungen des Vorredners, die eine Herabsetzung des Richterstandes und der Gerichte beinhalten.

Abg. Gerlach (konf.): Die bisher bestehenden Vorschriften über die Aufnahme eines Geistestranken in eine Anstalt lassen es unmöglich erscheinen, daß ein Kranter aufgenommen wird, der nicht der Aufnahme bedürftig ist. Fehlgelassen in der Be-

handlung von gemeingefährlichen Geistestranken, wie im Falle Wagner, wird nie vorgebeugt werden können. Die in der letzten Zeit besonders häufig gewordenen Rassenmorde geben zu großen Bedenken Anlaß.

Abg. Dr. Dove (Wpt.): Der Resolution der Nationalliberalen können wir nur teilweise zustimmen. Der Verschleierung und Vereinfachung der Rechtspflege können wir nicht zustimmen, da die dort aufgestellten Forderungen noch nicht spruchreif sind.

Nach kurzen Ausführungen des Abg. Sachse (Soz.), der sich in persönlichen Bemerkungen gegen den Abg. Martin wendet, schließt die Debatte.

Die Debatte über den Fall der Witwe Hamm wird zurückgestellt.

Staatssekretär Dr. Lisco bittet, nicht in ein schwebendes Verfahren einzutreten und führt dann aus: Die Herren wollen, wie sie mir mitgeteilt haben, auch eine Beweisführung antreten. Von diesem Gesichtspunkt aus sind längere Erörterungen bedenklich. Ich kann an dieser Debatte nicht teilnehmen, muß aber dringend bitten, wenn es möglich ist, die ganze Erörterung zu unterlassen und sich mögliche Zurückhaltung aufzuwerfen.

Hierauf wird ein Verlagsantrag angenommen.

Nach persönlichen Bemerkungen verläßt das Haus auf Donnerstag 1 Uhr pünktlich: Rest des Justizrats; Marineclat. — Schluß 6¼ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblattes“.

§ Berlin, 18. Februar.

Am Ministertisch: Minister des Innern von Dallwig.

Präsident Graf Schwerin-Löwig eröffnet die Sitzung um 11.15 Uhr.

Die Beratung zum

Etat des Ministeriums des Innern

wird fortgesetzt bei dem Kapitel „Landrätl. Gehälter und Ämter“.

Abg. Dr. v. Campe (natf.) begründet seinen Antrag, die Staatsregierung zu ersuchen, in erhöhtem Maße und schleuniger als bisher eine Verstaatlichung der Bureau der Landrätsämter vorzunehmen.

Abg. Richter (Wpt.) führt Beschwerde darüber, daß das Zentrum bei der Stellenbesetzung in der Kreisverwaltungsverwaltung imperialistisch behandelt werde.

Minister des Innern von Dallwig: Das konfessionelle Moment hat mit der Besetzung der Stellen in der Kreisverwaltungsverwaltung nichts zu tun.

Abg. v. Seidelberg (konf.): Wir haben Bedenken gegen den Antrag Campe, weil dadurch eine Vermehrung der Stellen hervorgerufen werden würde. Eine Verringerung der Arbeitsleistung würde auch nicht erzielt werden.

Abg. Dr. v. Weyma (freikons.): Wir sind gegen den Antrag bei dem jetzigen Zustande. Vielen jungen Leuten auf dem Lande ist die Möglichkeit gegeben, von unten heraus sich für die Beamtenlaufbahn auszubilden. Das würde aufhören, wenn die Bureau der Landrätsämter verstaatlicht würden.

Minister des Innern von Dallwig: Der Antrag würde eine Vermehrung der Beamtenstellen zur Folge haben. Gerichtsassistenten werden schon jetzt in reichem Maße staatlich angestellt. Die Regierung hat aber nicht die Absicht, die Bureau der Landrätsämter zu verstaatlichen.

Abg. Wente (fortsch. Wpt.): Wir werden für den Antrag stimmen. Es ist bedauerlich, daß die Landräte, namentlich in den östlichen Provinzen, sich in den Dienst der konservativen Partei stellen.

Abg. v. Trampczanski (Pole): Das Vereinsgesetz wird von den Landräten vielfach mißbräuchlich angewendet.

Abg. Leinert (Soz.): Wir stimmen für den Antrag Campe, insbesondere deshalb, weil die Beamten bei den jetzigen Zuständen viel zu gering bezahlt werden.

Der Landrat sollte sein Amt bei den Wahlen und bei der Handhabung des Vereinsgesetzes nicht mißbrauchen.

Man kann von einer böswilligen Absicht sprechen, das Vereinsgesetz so anzuwenden, daß dabei von einem Recht des Volkes nicht mehr die Rede sein kann. Besonders verfolgt wird der Landarbeiterverband, der keineswegs politische Ziele verfolgt. Wir werden von der Staats- und Polizeiverwaltung überall gehässig behandelt.

Abg. Gohler (konf.): Wir haben wieder in einer Dauerrede die üblichen und grundlosen Angriffe gegen die Landräte gehört. Diese Angriffe, die sich in der Hauptsache darauf beziehen, daß die Landräte das Vereinsgesetz ungeschickt handhaben und daß sie bei Wahlen ihr Amt mißbrauchen, entbehren der Begründung, denn die Antisubstanz der Landräte ist eine durchaus einwandfreie. Wenn wir an die Vorgänge in Jöhren denken, so werden wir mit Verwunderung feststellen, daß wir preussische Landräte haben, die allezeit am Platze sind und mit ihrer ganzen Person eintreten für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Autorität und der Staatsautorität. Sie — nach links — verlangen immer, daß die Beamten sich politisch nicht betätigen sollten. Was würden Sie für Gesichter machen, wenn der Minister sich als Konservativ bekennen würde, wie neulich Minister v. Bodmann in Baden sich zur nationalliberalen Partei bekannt hat. Je mehr sich die Grenzen zwischen bürgerlicher und revolutionärer Demokratie verwischen, um so mehr treten wir für die Aufrechterhaltung der Stellung der Landräte ein, nicht im Interesse der Landräte, sondern des preussischen Staates. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Sagemeister (natf.): Wir wünschen eine freiere Ausgestaltung der Landgemeindeordnung, besonders im Interesse der großen Gemeinden.

Die Debatte über die Landrätsämter wird geschlossen. — Der Antrag von Campe wird der Budgetkommission überwiesen.

Beim Kapitel

Polizeiverwaltung von Berlin und Umgebung

begründete Abg. Freiherr zu Schweinsberg (konf.) seinen auch von den Freikonservativen, dem Zentrum und den Nationalliberalen unterzeichneten Antrag, in welchem die Regierung ersucht wird, auf die Bekämpfung der Unsittlichkeit hauptsächlich in den Großstädten Bedacht zu nehmen. In dem Antrage wird ein Vorgehen gegen die Animierkneipen, die Kabarets und die Kummelplage gefordert. Ferner wird die Vorlage eines Kinematographengesetzes sowie ein scharfes Vorgehen gegen Nachschuß durch Verkürzung der Polizeistunde verlangt. Der Redner führte

aus: Der Vertrieb von Antikonzeptionsmitteln ist ein Fluch der Menschheit geworden. Dagegen muß scharf vorgegangen werden.

Berlin bei Nacht ist einer der dunkelsten Punkte im Deutschen Reich.

Hier sollte die Polizei ein wachsames Auge haben. Unser Jugend muß körperlich und seelisch gesund erhalten bleiben. Der Geist des Gottvertrauens, von dem vor hundert Jahren unser Volk durchdrungen war, hat unser Volk groß gemacht und wir wünschen, daß dieser Geist in unserer Zeit lebendig bleiben möge. (Beifall rechts.)

Abg. Vorster (freikons.): In keiner Stadt der Welt ist das Nachtleben so ausgedehnt und hat eine so erschreckende Form angenommen wie in Berlin. Der Polizei kann der Vorwurf zu großer Milde nicht erpart werden. Bei der Verteilung von neuen Konzessionen muß die Bedürfnisfrage strenger geprüft werden. Nur die Rücksichtnahme auf das Wohl unserer Jugend hat uns zur Einbringung dieses Antrages veranlaßt, um dessen einstimmige Annahme wir dringend bitten. (Beifall bei den Freikonservativen.)

Abg. Schröder-Kassell (natf.): Das Kinematographentheater kann für die Jugend sehr lehrreich wirken, wenn es sich in den nötigen Schranken hält. Die Kinos haben aber eine Entwicklung genommen, die auf das entschiedenste bedauert werden muß. Deshalb wollen wir ein Kinematographengesetz. Mit der Verkürzung der Polizeistunde muß möglichst schnell vorgegangen werden.

Minister des Innern v. Dallwig: Der Tendenz des Antrags stimmt die Regierung zu. Auf eine Verkürzung der Polizeistunde soll hingewirkt werden.

Hinsichtlich der Animierkneipen liegt dem Bundesrat ein Gesetzentwurf vor, der den Einzelstaaten eine schärfere Kontrolle über diese Lokale gibt.

Wenn der Gesetzentwurf angenommen wird, so werden die Animierkneipen überhaupt beseitigt werden können. Was die Filmzensur betrifft, so müssen wir erst weitere Erfahrungen sammeln. Dem Überhandnehmen von nicht empfehlenswerten Darstellungen soll entgegengewirkt werden.

Abg. Kanow (Wpt.): Der Tendenz des Antrages stehen wir sympathisch gegenüber. Die Unsittlichkeit muß bekämpft werden, aber nicht nur in den Großstädten, sondern überhaupt. Ganz besonders einverstanden sind wir mit dem Vorgehen gegen die Animierkneipen, denn durch sie werden nicht die Männer angelockt, sondern sie bieten vor allem den Verbrechern Unterschlupf. Die Prostitution muß mit allen Mitteln bekämpft werden, vor allem durch Einwirken auf das religiöse Empfinden. Ich schließe mit den Worten des Meisters: Nicht Macht und Ansehen sichern die Zukunft, sondern die sittliche Kraft des Volkes. (Beifall links.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt. Außerdem Stadterweiterung von Danzig. Schluß ¾ Uhr.

Letzte Drahtberichte.

Der Abgeordnete Dr. Müller-Meiningen über die Verhandlungen der Tabern-Kommission.

§ Berlin, 18. Febr. (Eig. Drahtbericht) Unsere Berliner Redaktion hat Veranlassung genommen, den Abgeordneten Dr. Müller-Meiningen, eines der fortschrittlichen Mitglieder der Tabern-Kommission, über die heutige erste Sitzung dieser Kommission, über den Eindruck und die Wirkung der heutigen Regierungserklärung, über das Ergebnis des ersten Beratungstages und über das voraussichtliche Schicksal der fortschrittlichen Anträge zu befragen. Dieses Schicksal läßt sich allerdings auch für den Außenstehenden unklar erraten. Schon die Tatsache, daß sich der Kriegsminister in der Kommission zweifelslos infolge der Oldenburgischen Drohungen im Zirkus Busch überhaupt nicht vertreten ließ, spricht für sich. Abgeordneter Müller-Meiningen erklärte unserem Vertreter: Die erste Sitzung der sogenannten Tabern-Kommission hat heute mit einer peinlichen Überraschung geendet. Nachdem man sich 1½ Stunden darüber herumgestritten hatte, ob noch weiteres Material notwendig sei oder ob man sofort in die Beratung des fortschrittlichen Antrages eintreten soll, zog der anwesende Vertreter des Reichsjustizamts, der zugleich als Vertreter des Reichskanzlers fungierte, plötzlich eine feierliche Erklärung der Verbündeten Regierungen aus der Tasche, wonach diese sich an der weiteren materiellen Verhandlung dieser Frage nicht beteiligen werden und den Gesetzentwurf als solchen aus Gründen mangelhafter Zuständigkeit des Reiches ablehnen. Die beiden Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei haben infolgedessen auch den Antrag des Abgeordneten Lehrenbach auf Materialbeschaffung als völlig überflüssig abgelehnt, während die Sozialdemokraten merkwürdigerweise mit den anderen Parteien — nur die Konservativen stimmten noch dagegen — diese Materialbeschaffung für notwendig erklärten. Dabei ändert natürlich auch das vom Zentrum verlangte Material an der als definitiv angesehene Regierungserklärung nicht das mindeste. Die Materialbeschaffung kann vielmehr höchstens zu einer weiteren Verschiebung der Verhandlungen mißbraucht werden. Der Abgeordnete Lehrenbach deutete in der heutigen Kommissionsitzung denn auch ganz offen an, er habe immer noch die Hoffnung, daß sich auf partikularistischer Basis eine Einigung mit der Regierung werde erzielen lassen. Diese Meinung ist vollkommen unrichtig. Die partikularistische Einigung durch die Festsetzung etwa gleicher militärischer Dienstleistungen hat keinerlei legislative Bedeutung, ein Einfluß auf die Legislative in Preußen ist aber ebenfalls ausgeschlossen. Der Artikel 36 der preussischen Verfassung wird also nach wie vor auf dem Papier stehen bleiben. Nur wenn der Reichstag aus eigener Kompetenz den Waffengebrauch des Militärs zu politischen Zwecken regelt, können künftig Tabern-Fälle verhindert werden. Die beiden Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei in der Kommission werden daher, wie sie es bereits heute getan, jeder weiteren Verschiebung der Verhandlung sich auf das allerentschiedenste widersetzen. Die Entscheidung muß, positiv oder negativ, in Kürze erfolgen.

„Sie noch einmal freigebig“, heißt es da, „besonders, was die Menge der Badesessungen anbetrifft. Die Badestube liegt unter meinem Arbeitszimmer, und ich habe es gern, wenn ich Düste heraufsteigen fühle. Denken Sie deswegen nicht schlecht von mir; ich bin alt genug, um mir diese Annehmlichkeiten erlauben zu können. Ich habe drei Jahre Parfisa vor mir, und nicht soll mich aus einem süßen Frieden schöpferischer Abgeschlossenheit herausreißen.“ Ein andermal spricht er sein Mißfallen über einen gesandten Seidenstoff aus und fährt fort: „Parfisa jähretet rüstig vorwärts. Mit anderen Proben schide ich Ihnen auch eine von meiner Muße.“ Eine große Rolle spielt in den Briefen der Name Parfisa. „Dieser Name ist arabisch“, schreibt der Meister. „Die alten Troubadours haben ihn nicht mehr verstanden. Parfisa bedeutet Parfi (denken Sie an die persischen Feueranbeter); fal heißt: einfüßig, in einem erhabenen Sinn, d. h. ein Mann ohne Füssel, aber mit Genie. Sie verstehen, warum dieser naive Mensch diesen arabischen Namen trug.“ Die Übersetzerin wendet sich darauf an die namhaftesten Orientalisten, aber keiner kennt dieses arabische Wort „fal“. Wagner beruft sich auf Gorres, bei dem er diese Etymologie gefunden, und bittet, weiter zu suchen. Nach weiteren vergeblichen Forschungen entthält er aber, daß der arabische Dialekt seine Erfindung wäre. „Ich wollte dieses Wort irgend einem Teufel aufladen, weil es mir in den Kram paßt. Im übrigen kümmert mich das nichts; ich lache über die wirkliche Bedeutung der arabischen Worte, und ich denke, daß es in meinem Zukunftspublicum nicht allzu viele Orientalisten geben wird.“ Von Alt zu Alt erhält so die Übersetzerin den rasch entstehenden Parfisa, und auch sie hält mit ihrer Arbeit gleichen Schritt. Als sie die Vollendung Wagner mittheilt, antwortet er: „Gede Gott, daß endlich diese Übersetzungslagen um den armen Parfisa vorbei sind. Glauben Sie mit, all das ist gar nicht so viel Mühe wert.“

Darstellung muß, wie uns dazu geschwieben wird, irreführen. Es handelt sich nur um einen scheinbaren Rückgang. In Wirklichkeit ist ein solcher im Jahre 1913 gegen das Jahr 1912 nicht eingetreten. Es waren im Gegenteil im Jahre 1913 rund 4200 Unteroffiziere mehr vorhanden als im Jahre 1912. Da aber infolge der letzten Heeresvermehrung 10 200 Stellen für Unteroffiziere und 100 Stellen für Fähnriche (zusammen also 10 426 Unteroffizierstellen) überhaupt neu geschaffen worden sind, so genügt natürlich die Zahl der im Jahre 1913 über den Etat vorhandenen 4200 Unteroffiziere nicht zu deren Befehlshaben, und es bleiben, da, wie erwähnt, beim neuen Etat 1914 10 426 Unteroffizierstellen hinzugekommen sind, noch rund 6200 d. h. 10 426 weniger 4200 Unteroffizierstellen zu besetzen. Von einem Rückgang des Unteroffizierstandes kann mithin nicht die Rede sein; der Andrang war im Jahre 1913 im Gegenteil so stark, daß für die Deckung des Neubedarfs infolge der letzten Heeresvermehrung schon vorher fast die Hälfte der benötigten Unteroffiziere vorhanden war und man in 1 bis 2 Jahren mit der Schließung der Pflanzstellen rechnen darf.

Der Stapellauf „Ersch Brandenburg“. Der Kronprinz wird wegen seiner Erkrankung zum Stapellauf des „Ersch Brandenburg“ am 21. Februar nicht nach Kiel kommen. Die Taufrede hält Prinz Heinrich. In den Bestimmungen über den Besuch der Kronprinzessin, welche die Taufe zu vollziehen hat, ist bis jetzt eine Änderung nicht getroffen.

Das atlantische Geschwader in Brasilien. Der brasilianische Präsident Hermes da Fonseca hat den Kommandanten des deutschen Geschwaders in Audienz empfangen, der die Minister der Marine und des Auswärtigen Amtes bewohnten.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Ein Ball auf der deutschen Botschaft. Wien, 18. Febr. Der deutsche Botschafter und Frau von Tschirschky gaben gestern einen Ball, der, wie in früheren Jahren, auch diesmal das glänzendste und vornehmste Fest der ersten Wiener Gesellschaft bildete.

Der ruthenische Hochverratsprozeß. Budapest, 19. Febr. Nach dem Abschluß des gestrigen Verhörs im ungarischen Ruthenenprozeß in Marmaros-Sziget hat der Staatsanwalt die Anklage gegen 31 Angeklagte mangels jedes Schuldbeweises fallen lassen. Die betreffenden Personen wurden sofort in Freiheit gesetzt. Derzeit befinden sich noch 52 Personen auf der Anklagebank, gegen die das Verfahren fortgesetzt wird.

Belgien.

Vom neuen Schulgesetz. Brüssel, 18. Febr. Die Kammer hat in zweiter Lesung das Schulgesetz mit 100 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen seitens der christlichen Demokraten angenommen. Von der liberalen und der sozialistischen Fraktion wurden vor der Gesamtentscheidung scharfe Erklärungen gegen die Tendenz des Gesetzes abgegeben. Sie verließen den Sitzungssaal, so daß sie an der Abstimmung nicht teilnahmen. Die Mehrheit nahm das Ergebnis mit großem Beifall auf.

Frankreich.

Die Zahl der Deserteure und „Drücker“. Paris, 18. Febr. Auf eine schriftliche Anfrage des radikalen Deputierten Louis Martin ertheilte heute Kriegsminister Rouleux im „Amtsblatt“ die Antwort, daß zu Ende des Vorjahres die Zahl der Deserteure 15 065 und die Zahl derjenigen, die sich ihrer Gefangenschaftspflicht entzogen haben, 65 872 betrug.

England.

Flottenfragen im Unterhause. London, 18. Febr. Im Unterhause wurden Anfragen an Churchill gerichtet über die durch das Fehlen der drei kanadischen Dreadnoughts geschaffene Lage, ferner betreffend die durch das österreichische und italienische Flottenprogramm im Mittelmeer sich ergebende Stellung und außerdem über die vergleichsweise Stärke der deutschen und britischen Flotte. Churchill lehnte es ab, schon jetzt eine ausführliche Darlegung zu geben. Er werde dies gelegentlich der Einbringung des Flottenetats tun.

Der Prinz zu Wied in London. London, 18. Febr. Der König verlieh dem Prinzen zu Wied das Ritterkreuz des Königin Viktoria-Ordens. Der Prinz erklärte sich von dem Empfange beim König und der Unterredung mit Sir Edward Grey äußerst befriedigt. Abends nimmt der Prinz an einem Diner in der deutschen Botschaft teil.

Die blindwütigen Suffragetten. London, 18. Febr. Während 200 Hochzeitsgäste auf dem Bahnhof in Burton versammelt waren, um sich zur Hochzeit der Lady Adolphe Spencer mit Sidney Peel zu begeben, näherte sich eine Frau, anscheinend eine Stimmrechtlerin, Lord Weardale, dem hervorragenden, 67 Jahre alten Führer der Friedensbewegungen, und schlug ihn mit einer Gundepeitsche, so daß Weardale auf Boden fiel. Eisenbahnbeamte halfen ihm wieder auf, während die Frau von Polizeibeamten festgenommen wurde. Man glaubt, die Frau hielt Weardale irrtümlich für ein Mitglied der Regierung.

Rußland.

Die Heeresverstärkungen an der Westgrenze. Petersburg, 19. Febr. Wie die „Romoje Wremja“ meldet, wird der Kriegsminister General Suchomlinow in den nächsten Tagen in der Reichsduma eine sehr wichtige Vorlage über bedeutende Kreditforderungen zur Verwirklichung des großen Armeeprogramms einbringen. Wie von anderer Seite hierzu verlautet, dürfte es sich wahrscheinlich um die Neubildung des dritten Armeekorps an der Westgrenze mit entsprechender Artillerie handeln.

Graf Witte als Ministerkürzer. St. Petersburg, 18. Febr. Der Petersburger Mitarbeiter der „Köln. Stg.“ schreibt zum Sturz des Ministeriums Kozlow, daß sich ein ganzer Anäuel von Ränkefäden um die Vorgeschichte dieses Sturzes spinne. Anscheinend laufen alle Fäden in der Hand Wittes zusammen. Es sei

schwer voranzufahren, welchen Kurs das Staatschiff nehmen werde. Witte galt früher für einen Heroskaten, der gern mit dem Schreden der Revolution spielt. Heute erklären die besten Männer Rußlands die Lage für verworrener als je. Sie entsprechen den Umständen, welche die Revolution 1905 vorbereitete.

Schweden.

Das Programm des neuen Ministeriums. Stockholm, 18. Febr. Vor gut besetztem Hause gab die Regierung in beiden Kammern des Reichstags eine Erklärung, betreffend ihre Politik, ab; in der Ersten Kammer durch den Minister des Äußern Wallenberg, in der Zweiten durch den Ministerpräsidenten Hammarström. Nach einer historischen Vorlesung der Ministertrise führt die Erklärung aus: Der Konflikt, der zwischen dem König und seinen früheren Rätegebern entstanden ist, sei nach Ansicht der Regierung nicht derart, daß die Lösung der Verteidigungsfrage deswegen zu verschieben sei. Die Regierung wolle deshalb dem König vorschlagen, daß die Vorlage, betr. die neue Verteidigungsordnung, dem Reichstag erst dann vorzulegen sei, wenn die Wähler durch die Auflösung der Zweiten Kammer Gelegenheit gehabt hätten, mit Rücksicht auf diese Frage ihre Stimmen abzugeben. Die Regierung beabsichtige, die Anhänger der Verteidigungsvorlagen aus den verschiedenen Parteien zu vereinen, um diese große Frage unter Beiseiteziehung der Meinungsverschiedenheiten in anderen Punkten, die bei der gewöhnlichen Wahl im Herbst zu ihrem Rechte kommen könnten, zu lösen. Der Zeitpunkt der Auflösung werde baldmöglichst bestimmt und kurz darauf werde der Hauptinhalt der Verteidigungsreform veröffentlicht werden. Die Reform werde berücksichtigen, daß die für die Verteidigung notwendigen Mittel durch eine Wehrsteuer oder auf andere Art aufgebracht würden unter Rücksichtnahme der wirklichen Steuerfähigkeit. Die Regierung halte die Lösung der Verteidigungsfrage vereinbar mit der kräftigen Entwicklung der sozialen Reformarbeit. Im Zusammenhang mit den Reformen der Wehrkraft siehe nach der Meinung der Regierung eine Reform des Militärstrafgesetzes. In den Fragen, die nicht mit der Verteidigungsfrage zusammenhängen, wolle die Regierung Zurückhaltung beobachten. Endlich betont die Erklärung, daß die militärische Stärkung Schwedens ausschließlich zum Zwecke der Verteidigung des Landes erfolge unter Berücksichtigung des Grundsatzes der neutralen Stellung des Landes.

Balkanstaaten.

Beweise für ein serbisch-montenegrinisches Bündnis. Budapest, 19. Febr. Ein hiesiges Blatt erhält von seinem Spezialberichterstatter aus Cetinje die Meldung, daß die neuen montenegrinischen Gesandtenwürfe dem Bienen nach als Faktum ein serbisch-montenegrinisches Bündnis feststellen. Demzufolge soll das Heerwesen, die Verwaltung und das Unterrichtswesen nach serbischem Muster umgestaltet werden. Zu diesem Zweck sollen serbische Offiziere und Lehrer nach Montenegro kommen. Auf diese Weise soll Montenegro zur serbischen Armee in ein gegenseitigkeitsverhältnis treten, derart etwa, wie es bei den deutschen Bundesstaaten der Fall ist.

Zur Verlobung im griechischen Königshaus. Athen, 19. Febr. Die Verlobung des griechischen Kronprinzen mit der Prinzessin Elisabeth von Rumänien findet am 6. Mai, dem Namenstag des Kronprinzen, statt. Die Trauung erfolgt in Athen. Als Trauzeugen werden Kaiser Wilhelm und die Königin von Rumänien fungieren. König Konstantin hat seinem Sohn das Schloß Zatos zum Geschenk gemacht und ihm den Titel eines Herzogs von Sпарта verliehen. Der rumänische Ministerrat hat gleichzeitig beschlossen, der Prinzessin Elisabeth von Rumänien als Hochzeitsgeschenk des Landes eine jährliche Pension von 200 000 Kronen zu geben und dementsprechend parlamentarische Maßnahmen unverzüglich zu treffen.

Mittelamerika.

Die Revolutionskämpfe auf Haiti. New York, 18. Febr. Nach einem Telegramm aus Kap-Haitien ist ein scharfer Kampf zwischen Regierungstruppen und den Aufständischen am Grand-River im Gange. Die Anhänger des Senators Theodoros werden hart bedrängt. Beide Parteien haben um Verstärkungen ersucht. Die Truppenabteilungen der fremden Konsulate haben den Führer der Aufständischen aufgefordert, Kap-Haitien zu verlassen. Dieser weigerte sich jedoch. Amerikanische Matrosenabteilungen patrouillieren in den Straßen.

Luftfahrt.

Brennende Pfeile als Waffe gegen Zentballons. Paris, 19. Febr. Am Eiffelturm wurden gestern Versuche mit brennenden Pfeilen vorgenommen, die den Flugzeugen als Verwundungswaffe gegen feindliche Zentballons dienen sollen. Die Pfeile sind 40 Zentimeter lang und 8 Zentimeter breit, bestehen aus Stahl und sind mit einer Art von Schraubenflügeln ausgerüstet. Im Innern befindet sich ein Behälter mit 20 Zentiliter Benzin. Die gemachten Versuche gelangen. Der Erfinder hat den Namen Guerre.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Wiesbadener Stadtverband für Jugendfürsorge.

(Abteilung Jugendgerichtshilfe.)

Der Stadtverband für Jugendfürsorge, über dessen Tätigkeit in Bezug auf den Kinderhuh wir vor einigen Tagen berichteten, hat zu gleicher Zeit auch die Jugendgerichtshilfe organisiert. In fast allen größeren Städten arbeiten Jugendrichter und Vereine zusammen, und die Zentralstelle, von denen aus die Arbeit eingeleitet wird, haben sich überall vor-

züglich bewährt. Auch hier werden dem Stadtverband die einzelnen Fälle vor der Verhandlung vom Jugendrichter bekannt gegeben, und von dort werden sie den zuständigen Vereinen zur Behandlung überwiesen oder auch selbst bearbeitet. Das Ergebnis der Ermittlungen geht an das Jugendgericht und wird durch einen kurzen Bericht in den Akten des Stadtverbands niedergelegt. Auch die Schulaufsicht wird in derselben Weise gehandhabt. Welcher Segen aus dieser Zusammenarbeit von Behörde und privatem Einwirken erwächst, zeigt die Statistik, die die „Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge“ in Berlin herausgibt. In Berlin allein wurden im vergangenen Jahre 1911 Fälle bearbeitet. Die Gesamtzahl der unter Schulaufsicht stehenden Jugendlichen war nach vierjähriger Tätigkeit der Zentrale bereits auf 3000 angewachsen. Wie aus den Berichten von Einzelfällen hervorgeht, ist mancher vor weiteren Fehlstritten bewahrt worden. Der erhebliche Rückgang der Zahl der Vorbestraften gibt den ziffernmäßigen Beweis, daß die Schulaufsicht den einmal gestrauchten durch sorgfältige Überwachung und Beeinflussung vor Rückfällen bewahrt. In Wiesbaden haben sich die verschiedenen Vereine, wie der Verein „Kindenhaus“ für die evangelischen Mädchen, der Fürsorgeverein „Johannistift“ für die katholischen Mädchen, der katholische Männer-Fürsorgeverein, die Geistlichen aller Konfessionen, Lehrer und andere in sozialer Arbeit interessierte Kreise zur Mitarbeit bereit gefunden, so daß nunmehr die Räder, die bisher auf diesem Gebiet hier bestanden, durch planmäßiges Zusammenfassen der Einzelarbeit zweckentsprechend ausgefüllt werden wird. Die Gerichtsbehörde hat die Einrichtung dieser Zentralstelle als wertvolle Unterstützung in der Durchführung der Jugendgerichtshilfe freudig begrüßt.

— Regierungspräsident Dr. v. Meißner befindet sich seit etwa 8 Tagen in Berlin. Es soll sich dabei um seine Ernennung zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen handeln. (Vergl. dazu die Notiz über wichtige Personalveränderungen unter „Deutsches Reich“.)

— Die Maifestspiele im Hoftheater aus Anlaß der Anwesenheit des Kaisers in Wiesbaden werden in der zweiten Hälfte des Monats noch nicht fest.

— Bezirksauskunft. Der Kaufmann Wilhelm Jurbuch in Siegen hat von der offenen Handelsgesellschaft Jurbuch, deren Teilhaber er war, ein Immobilien für sich übernommen. Der Magistrat in Frankfurt berechnet den gemeinen Wert des betreffenden Besitzes nach der auf ihm lastenden Hypothek auf 148 000 M. und hat von der Hälfte, also von 74 000 M., Jurbuch zur Währungsabgabe herangezogen, während Jurbuch seinerseits der Ansicht ist, nur der Wert dürfe als gemeiner Wert in Ansatz gebracht werden, welcher jederzeit realisierbar sei und demgemäß zu einer Schätzung von 82 500 Mark kommt. Er klagt auf entsprechende Herabsetzung der Anforderung. Der Bezirksauskunft beschloß, Sachverständige über den gemeinen Wert des Grundstücks zu hören. — Ludwig Mehring in Sindlingen ist der Eigentümer eines Grundstücks an der Hofheimer Straße dortselbst. Weil der Vorbesitzer 274,80 M. Straßenbeitragskosten, obwohl er dazu verpflichtet gewesen wäre, nicht begahlt hat, sind ihm dieselben angefordert worden. Gleich nachher ist von ihm eine Anfrage an den Gemeindevorstand gerichtet worden, ob er auch dann Zahlung zu leisten habe, wenn er das Verzeichnis wieder verkaufen werde, und obwohl ihm darauf auch eine Antwort wurde, welche von ihm selbst keineswegs als Reklamation, sondern als Aufgebot wurde, hat sich in ihm später die Idee festgesetzt, daß es sich dabei tatsächlich um eine Reklamation gehandelt habe. Er beschritt den Abweg, der Kreisaußsicht über wies ihn ab, weil die Voraussetzungen für die Klage nicht gegeben sei, und ebenso entschied auf seine Berufung Witte, der Bezirksauskunft. — Kreisarzt Dr. Prigge aus Wiesbaden hat zeitweilig den Kreisarzt in Rade-heim vertreten. Während dieser Zeit wurde ihm der Tod einer Frau in Radehausen infolge von Wochenbettfieber gemeldet. Er untersuchte den Fall, stellte fest, daß auch einige Zeit vorher schon eine Frau am Platz derselben Krankheit erlegen sei, und weil er der Ansicht war, daß in beiden Fällen schwere Verletzungen der etwa 50 Jahre alten, durch drei Jahrgänge bereits ihres Amtes waltenden Hebammen Theresia Schön gegen ihre Instruktion vorlägen, berichtete er nicht nur an den Regierungspräsidenten, sondern inhibierte auch gleichzeitig die weitere Tätigkeit der Frau als Hebamme. Von der Kreispolizeibehörde ist darauf, in Übereinkimmung mit dem Regierungspräsidenten, der Antrag gestellt worden, der Frau ihr Hebammenprüfungszeugnis zu entziehen. Der Bezirksauskunft beschloß die Abhaltung eines Lokaltermins, zu welchem die beiden in Frage kommenden Ehemänner, eine bei der Pflege der einen Frau beteiligt gewesene Krankenschwester, Kreisarzt Dr. Prigge und der Kreisarzt von Radeheim zugezogen werden sollen. Die Zuziehung noch eines weiteren nichtbeamteten Arztes als Sachverständiger wurde abgelehnt.

— Vom Reformkino. Die Vorstellungen am letzten Freitag und Samstag fanden teilweise vor ausverkauftem Hause statt und werden bei groß und klein freudige Anteilnahme. Für diesen Freitag und Samstag ist „Eine Reise um die Welt“ vorgesehen. Es ist zu hoffen, daß diese Vorstellungen mit ihren unterhaltenden und abwechslungsreichen Bildern aus den verschiedenen Erdteilen und den Eitten ihrer Bewohner ebensolchen Beifall finden, wie sie ihn in anderen Städten gefunden haben, und daß sich auch die Erwachsenen zahlreich vor der Leinwand einfinden werden.

— Die Drillings, drei Buben, die vor 5 Monaten dem hiesigen Einwohner Philipp Lösch, jetzt Weihenburgerstraße 10, geboren wurden, sind damals vielen Menschenfreunden Anlaß gewesen, den in recht spärlichen Erwerbsverhältnissen lebenden Eltern etwas unter die Arme zu greifen. Unser Verlag hatte für sie eine Sammlung veranstaltet, die dank dem oft bekundeten Wohlwilleitsinn der Freunde des „Wiesbadener Tagblatts“ einen erfreulichen Ertrag aufwies. Die Anaben sind unter der Sorgfalt der Mutter gedeihen und werden noch von ihr gepflegt. Der Vater hat einen mäßigen Verdienst und da die Kleinen jetzt einen Kinderwagen nötig haben, den er aus eigenen Mitteln nicht anschaffen kann, wendet er sich wiederum an uns, ihm dazu durch Eröffnung einer kleinen mildtätigen Sammlung nochmals beizustehen zu sein. In Anbetracht der Besondereit des Falles — acht Kinder, darunter die Drillings, von wenigen Monaten — glauben wir, die Bitte nicht ablehnen zu sollen, und unterbreiten diese daher gerne hiermit der wohlwollenden Aufmerksamkeit unserer Leser.

— Lebensmüde. Eine in der Mittelbestraße wohnhafte Frau D. hinterließ am Dienstagabend in der Wohnung ihres Bruders einen Bittel, auf dem sie mitteilte, daß sie sich in Schierstein im Hafen ertränken wolle. Der Mann begab sich

Am selben Abend noch persönlich nach Schierstein und stellte dort mit Hilfe der Polizei Nachforschungen an, welche jedoch zunächst resultatlos blieben. Erst am anderen Tage erfuhr er, daß die Gesuchte sich in Mainz in den Hofgassen gestürzt habe, daß sie jedoch von einem Schiffer wieder auf's Trockene gebracht worden sei und daß sie sich zurzeit im Krankenhaus in Mainz befinde.

— Mehr Licht. Die Bahnhoftstraße erhält gelegentlich ihres Umbaus im kommenden Frühjahr Preßgasbeleuchtung, die im Anschluß hieran auch durch die Marktstraße bis zum Schloßplatz durchgeführt wird.

— Zum Mainzer Karneval. Anlässlich des Rosenmontagszugs und der sonstigen Veranstaltungen in Mainz am Montag, den 23. Februar 1914, verkehren an diesem Tage außer den fahrplanmäßigen Zügen eine Reihe Sonderzüge zwischen Wiesbaden und Mainz (Hauptbahnhof).

— Meine Ketten. Das Hotel-Restaurant „Wiesbadener Hof“ übernimmt demnächst Herr M. Baitl, früher „Hotel Regina“ in Bad Kissingen. — Ab 20. Februar übernimmt den Wirtschaftsbetrieb im „Neuen Schützenhaus“ in Herr Cannawurf aus Samau a. M.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

* Königl. Schauspieler. Mit dem am Freitag zur Aufzählung gelangenden Einakter „Der verwandelte Komödiant“ erscheint der junge Wiener Lyriker und Dramatiker Stephan Zweig (geboren 1881) zum erstenmal im Spielplan des königlichen Theaters. Die Hauptrollen werden von Frau Bahhammer und den Herren Albert Herrmann und Rodius gegeben. — Auch „Der Dichter zweier Herren“ von Carlo Goldoni (1707 bis 1793) erlebt hier seine Erstaufführung. Das übermüßige Lustspiel steht noch ganz auf dem Boden der Stegreifkomödie und bringt auch noch die typischen Figuren der Commedia del arte. Es wird ohne Pause von den Damen de Bruin, Doppelbauer und Schröder sowie von den Herren Andriano, Herrmann, Rober, Lehmann, Schneeweiß und Schwab gespielt. Nach alter Weise unterbrechen Tanzszenen zweimal den Dialog. Die Regie leitet Herr Baitl. — Für März bereitet das Hoftheater die Erstaufführung von Gerhart Hauptmanns neuem Drama „Der Bogen des Odysseus“ vor, welches von allen größeren Bühnen angenommen ist und schon im Hamburger Deutschen Schauspielhaus großen Erfolg hatte.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

z. Bierstadt, 18. Febr. In der letzten Gemeinderatsitzung wurde das Baugesuch des Steinbaurmeisters Wilhelm Frechenhäuser auf Errichtung eines Wohnhauses in der Röderstraße genehmigt unter der Bedingung, daß das zur Straßenanlage erforderliche Gelände unentgeltlich an die Gemeinde abgetreten und der Straßenausbau übernommen wird. Der Gemeinderat soll in Vorschlag gebracht werden, dem hiesigen Diafonienfonds für 1914 (500 M. und für 1915 300 M.) aus der Gemeindefasse zu überweisen. Herr Friedrich Albus zu Wiesbaden übernimmt demnächst die Gastwirtschaft zur „Sonne“. Das vorliegende Konzessionsgesuch wird zur Billigung begutachtet. — Am Freitag Abend findet eine Sitzung der Gemeindevertretung statt. — Die freiwillige Feuerwehr veranstaltet am Sonntag, den 15. März, im Saal „Zum Bären“ eine Abendunterhaltung. Ihre Mitwirkung haben die beiden Gesangsvereine „Frohstimm“ und „Männergesangsverein“, sowie der „Turnverein“ zugesagt.

z. Klappenheim, 18. Febr. Es brennt wieder, nämlich das elektrische Licht. Unsere Gemeindeverwaltung hat sich der Kamalität angenommen und von dem Dreischwabenbesitzer Wölfer zu Balkau eine Lokomotive entliehen. Für die nächste Zukunft ist die Beleuchtung also garantiert. Wie man sich weiter hilft, bleibt abzuwarten.

st. Wilfsachsen, 18. Febr. Bei der Holzverkäufung im hiesigen Gemeindefeld waren so wenig Liebhaber anwesend, daß ein weiterer Versteigerungstag angelegt wurde. — Das Kirchenräuten mußte, da die daselbst seither beorderte Person gestorben ist, anderweitig vergeben werden. Es kam für 49 M. jährlich bei täglich dreimaligen Räuten an den Mann, wofür seither 90 M. bezahlt wurden.

— Wilsheim, 18. Febr. Im hiesigen Bahnhof stürzte heute früh etwa 1/2 Uhr infolge Entgleisung ein Wagen mit Vieh um. Beide Hauptgeleise waren längere Zeit gesperrt. Der Verkehr wurde durch ein Nebengeleise aufrecht erhalten. Das Vieh wurde sonderbarerweise nicht verletzt.

Nassauische Nachrichten.

— Wehen, 19. Febr. Ein Rehger und ein Gemüsehändler aus Hahn wurden unter dem Verdacht verhaftet, zwischen Otten und Wehen auf den hiesigen Bachmeister Arend geschossen zu haben.

(r) Wilsch, 18. Febr. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich heute Abend in der chemischen Fabrik vorm. Gohdenberg, Geromont u. Co. Der Verschluß eines Säureapparats flog ab und fünf Arbeiter wurden von der Säure teils schwer, teils leichter verletzt. Ärztliche Hilfe war sofort zur Stelle. Die drei am schwersten Verletzten wurden in das hiesige St. Josephshaus verbracht. — Wie verlautet, beabsichtigt man nach dem Beispiel der anderen Rheingemeinden, auch in hiesiger Gemeinde die Gründung eines Bürgervereins. — Die unlängst verstorbenen Eheleute Herr Karl Böring und Frau überließen der Armenverwaltung letztwillig 500 M.

ch. Eschbach, 16. Febr. Bei der hier abgehaltenen Holzverkäufung hatte das Brennholz enorm hohe Preise. Es wurden gezahlt für die Klafter: Buchenholz 34 bis 38 M., Buchenküppel 28 bis 32 M., Eichenküppel 20 bis 26 M., Fichtenküppel 14 bis 28 M., Weiden für 100, und zwar Buchen 18 bis 24 M., Eichen 12 bis 16 M.

bs. Weiburg, 16. Febr. Im „Deutschen Haus“ hier selbst fand gestern der erste diesjährige Vertretertag des Kreisfrüherbundes „Oberrhein“ statt. Von den 63 zum Verband gehörenden Vereinen hatten 54 Vertreter entsandt. Der Vorsitzende Professor Groppus ehrte in seiner Eröffnungsansprache in besonderer Weise den Ehrenvorsitzenden des Verbands Oberst a. D. v. Winterberger, der am Samstag sein 65jähriges Jubiläum feiern konnte. Die Mitgliederzahl des Verbands ist von 2010 auf 2907 zurückgegangen. Aus den verschiedenen Unterabteilungen wurden im vergangenen Jahr insgesamt 83 Kameraden mit 981 M. und 46 Kameradenwitwen mit 428 M. unterstützt. Die Einnahmen betrugen 6454,88 M., die Ausgaben 6364,00 M. Der seitige Vorstand wurde per Affirmation auf drei Jahre wiedergewählt. Als Ort für die nächste Kreisfrüherbundesversammlung wurde Oberhausen bestimmt. — In einer am Sonntag stattgefundenen Sitzung der kirchlichen Gemeindeorgane wurde der Rechnungsvoranschlag für 1914, der in Einnahme und Ausgabe mit 18677,23 M. balanciert, genehmigt. An Kirchensteuern werden, wie im Vorjahr, 20 Prozent erhoben. Auf wiederholtes Verlangen des Königl. Konsistoriums hin wurde das Organisten-

amt organisch mit der zweiten Lehrerstelle verbunden. — Die hiesige Gasanstalt, der durch das städtische Elektrizitätswerk eine starke Konkurrenz entstanden ist, führt vom 1. April ab einen Einheitspreis für Heiz- und Leuchtgas ein. Der Preis, der bisher für Leuchtgas 20 Pf. und für Heizgas 13 Pf. per Kubikmeter betrug, ist auf 16 Pf. festgesetzt worden.

Aus der Umgebung.

Obstruktion in der Mainzer Stadtverordneten-Versammlung. — pp. Mainz, 18. Febr. Die 18 Stadtverordneten, die durch die Wahl am 4. Dezember v. J. mandatlos geworden sind, funktionieren weiter, da die Wahl der 10 Sozialdemokraten und 6 Fortschrittlichen von den Ultramontanen und National-Liberalen zum zweitenmal angefochten worden ist. In der heutigen Sitzung kam es zu einer Obstruktion. Nachdem 187000 M. für das Verwaltungsgebäude des Elektrizitätswerks und 55000 M. für ein Wohnfahrtsgebäude bei dem Gaswerk bewilligt worden waren, verließen die Sozialdemokraten den Saal. Stadtverordneter Adelung ließ hierauf die Beschlußfähigkeit des Hauses feststellen, da gerade die Wahl angesetzt (Dr. Schmitt und Genossen) fehlten, worauf die Sitzung aufgehoben wurde.

M. Frankfurt a. M., 19. Febr. Bei einer vor einigen Tagen im „Café Central“ vorgenommenen Kontrolle verhaftete die Polizei nicht weniger als 40 Personen, unter denen sich 8 fleißigstlich Verfolgte befanden haben.

m. Bingen, 18. Febr. Im Gemeinderat des nahegelegenen Wüdesheim wurde die Gewährung eines Beitrags zur Erbauung des Bismarck-Nationaldenkmals auf der „Eisenhöhe“ abgelehnt.

m. Vom Sundrüd, 18. Febr. In welchem Maße die Jagdpacht gestiegen ist, dürfte nur wenig bekannt sein. Die Jagd der Gemeinde Seibersbach wurde zuletzt zum Preis von 3300 M. jährlich verpachtet, im Jahre 1878 dagegen stellte sich der Betrag auf 21 M., also den 157fachen Teil des heutigen Preises. Daneben haben die Pächter auch noch den Wildschaden zu tragen.

Ms. Wilhelmshöhe, 18. Febr. Heute herrschte große Freude auf Wilhelmshöhe und in den angrenzenden Bezirken, weil die seit vielen Monaten betriebenen Bohrungen nach Aufschließung einer Solquelle für das zukünftige Wilhelmshöhe bis zu einer Tiefe von 1100 Meter erfolgreich vorgedrungen sind, und zwar bei einer unveränderten Bohrtiefe von 173 Millimeter. Man hegt nunmehr begründete Hoffnung, die Solquelle in kurze zu erreichen und aufzuschließen.

Gerichtssaal.

Das Urteil im Prozeß Ebender.

— Hanau, 18. Febr. Im Prozeß gegen den Zigeuner Ernst Ebender, der angeklagt ist, den Fürsten Romanus erschossen zu haben, sprachen die Geschworenen den Angeklagten nur des Totschlagsversuchs in einem Falle schuldig, billigten ihm aber nicht mildernde Umstände zu. Das Gericht verurteilte den Angeklagten nach dem Antrag des Staatsanwalts zu 4 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus und 6 Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Sport und Spiel.

* Fußball. Am kommenden Sonntag spielt die zweite Mannschaft des Sportvereins Wiesbaden auf dem Sportplatz in der Frankfurter Straße gegen den Fußballklub „Union“, Niederrad. Das Vorspiel konnte „Union“ mit 5:3 gewinnen. Bei der guten Aufstellung der Wiesbadener Mannschaft ist ein spannendes Spiel zu erwarten. Spielbeginn 3 Uhr.

* Frankfurter Boxkampf. In der Sportakademie Fürst begann das Februar-Meeting des Boxklubs Frankfurt. Nach einem Einleitungskampf zwischen den beiden Klubmitgliedern Hedde und Maurer wurde der französische Armeemeister Maillet dem Hamburger Meisterbeger Noefle gegenübergestellt. Der Hamburger fiel schon in der vierten Runde. Karl Fürst besiegte in der siebenten Runde den Dänen Jensen durch einen Stoß in die Wangengegend.

sr. Am die Stillermeisterchaft der Welt für Professionsisten ist jetzt ein neuer Kampf vereinbart worden, und zwar wird der Vereidigte des Titels, Ernest Barry (England), mit dem australischen Meister Jim Paddon um das Championat kämpfen. Die Meisterchaft wird auf der klassischen Rennstrecke der Dremie von Putney nach Wrotham ausgetragen. Der Gewinner erhält einen Barpreis von 20 000 M. und einen Ehrenpreis.

sr. Die Box-Meisterchaft der Welt für Bestergeichte (bis 133 Pfund) kam in Sydney (Australien) zwischen den beiden bekannten englischen Champions Johnny Summers und Mac Cormick zum Austrag. Mac Cormick, der bereits in einem vorausgegangenen Match Summers besiegte, schlug ihn in diesem entscheidenden Treffen um den Weltmeistertitel schon in der ersten Runde, nach 2 1/2 Minuten, knock-out.

Neues aus aller Welt.

Schweres Unglück infolge Niedergehens einer Schneelawine. Innsbruck, 18. Febr. Bei Malzai am Brenner ging infolge Lawenwetters eine große Schneelawine nieder, welche zwei auf dem Heimweg begriffene Schulkinder verschüttete. Ein siebenjähriger Knabe blieb tot, ein Mädchen konnte zwar noch lebend, aber nur schwer verletzt geborgen werden.

Bergung des „Niagara“. Le Havre, 19. Febr. Der transatlantische Dampfer „Niagara“, der am 7. Februar drallosig Notgeheim abgegangen war, ist gestern nachmittag in Begleitung des Dampfers „Barbeaux“ in den Hafen von Le Havre eingelaufen. Der Kapitän des „Niagara“ erklärte, daß er wiederholte den Untergang des Schiffes befürchtet habe, da sämtliche Schrauben zertrümmert waren und das Schiff außerordentlich starkem Wellengange ausgesetzt gewesen sei. Die 147 Mann starke Besatzung soll bei dem Rettungsversuch die größte Umsicht und Kaltblütigkeit an den Tag gelegt haben.

Ein Landhaus in der Nähe von Long Island ist gestern von einer großen Feuerbrunst vernichtet worden. Von dem kostbaren Mobiliar konnte nur sehr wenig gerettet werden, da alle Wege durch den Schnee verweht waren und die Feuerwehre erst nach langen Bemühungen bis zum brennenden Hause vordringen konnte. Viele Kunstwerke von allergrößtem Werte wurden ein Raub der Flammen. Der Schaden beziffert sich auf über 5 Millionen Dollar.

Ein großer Fabriksbrand. Elberfeld, 18. Febr. Gestern ist die Schuhfabrik von Janßen von einem großen Schadenfeuer heimgesucht worden. Das Schuhfabrikgebäude mit den großen Lagerbeständen, fertigen Waren und Rohmaterialien sowie die Wohnung des Firmeninhabers mit sämtlichem Mobiliar wurden ein Raub der Flammen; ein Teil der wertvollen Maschinen wurde gleichfalls zerstört und auch die anstehenden Säulen sind arg in Mitleidenschaft gezogen. Der Brand beschäftigte die ganze Nacht hindurch die Fabrikfeuerwehren sowie die Wehren der Stadt und der umliegenden Orte. Die Janßensche Fabrik mußte den Betrieb einstellen.

Selbstmord aus Angst vor dem Examen. Landsberg a. d. W., 18. Febr. In Kladno in der Neumarkt erschoss sich gestern der Lehrer Ströck unmittelbar vor Beginn der zweiten Lehrprüfung. Er fürchtete, das Examen nicht zu bestehen.

Feim Fenster erschlagen. Augsburg, 18. Febr. In Kladno wurde der Dienstknecht Johann Döber am Kammerfenster seiner Geliebten mit einem Brägel niedergeschlagen und getötet.

Unklugliche Liebe. Bosen, 19. Febr. Im Walde bei dem Dorfe Walsch im Kreise Schmögen erschoss gestern der Sohn des Landwirts Bildner aus Rotenfeld seine Frau und sich selbst, weil die Eltern seiner Braut angedacht nicht ihre Einwilligung zur Hochzeit gaben.

Kohlenfunde in Bayern. München, 18. Febr. In der Nähe von Oberhausen sind bedeutende Kohlenfunde gemacht worden.

Tödliche Unfälle im rheinischen Industriegebiet. Dortmund, 18. Febr. Im rheinischen Industriegebiet hat sich heute eine ganze Anzahl von schweren Unglücksfällen ereignet, die fast alle einen tödlichen Verlauf nahmen. So geriet in Gomborn der Arbeiter Leopold Brenner aus Marzloch auf der Geviertschicht „Deutscher Kaiser“ unter einen Hammer und wurde sofort getötet. In Lindenthal bei Köln wurde gestern Abend von der Rheinbahn ein Mann überfahren und sofort getötet. In den Hafenanlagen der der Familie Daniel gehörenden See „Rheinpreußen“ riet der Verschiedenheit Zimmermann zwischen die Räder zweier Eisenbahnwagen. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er kurz darauf starb.

Stütiges Ehedrama. Saarbrücken, 18. Febr. Ein Ehedrama hat sich heute vormittag in der Ortschaft Schöffhausen im Kreise Saarlouis abgespielt und die ganze Ortschaft in Aufregung versetzt. Im Laufe eines Streites durchschritt der 34jährige Hüttenarbeiter Supper seiner Frau mit einem Messer den Hals und versuchte dann, sich auf gleiche Weise zu töten. Er bekehrte sich später und wurde in bestmöglicher Eile ins Krankenhaus gebracht. Die Frau war auf der Stelle tot. Dem Streit lag eine Eifersuchtszene zugrunde.

Ein vernünftiger Professor als Leiche gefunden. Stuttgart, 18. Febr. Der seit Weihnachten vernünftige Professor Professor Baldemar Wiedersheim der Baugewerkschule wurde gestern als Leiche aus dem See gefunden.

Zum Offener Straßenbahnunglück. Essen (Ruhr), 18. Febr. Von den bei dem Straßenbahnunglück im vergangenen Monat verletzten Personen befinden sich vier immer noch im Krankenhaus; sie werden nachscheinlich noch längere Zeit im Krankenhaus verweilen müssen. Der Schaffner des Straßenbahnwagens ist ebenfalls dienstunfähig und wird vielleicht noch einige Zeit im Krankenhaus zubringen müssen.

Jugendliche Sacharinsmugler. Konstanz, 18. Febr. In den letzten Tagen wurde eine Anzahl Sacharinsmugler, meist jüngere Leute, Techniker und Oberrealschüler, verhaftet, die schon seit längerer Zeit einen recht umfangreichen Schmuggel betrieben haben. Unter den Verhafteten befindet sich auch ein Oberrealschüler.

Erdbeben in Tirol. Innsbruck, 18. Febr. Vergangene Nacht 2 Uhr wurde ein heftiges Erdbeben von horizontaler Richtung mit starken Schwingungen wahrgenommen. Das Beben dauerte drei Sekunden.

Berliner Sachstapler als Schloßbesitzer. Bozen, 19. Febr. Hier wurde die angeklagte Baronin Bestwoskows unter dem Verdacht, mit ihrem Gatten große Betrügereien begangen zu haben, verhaftet. Das Ehepaar kam 1911 nach Wien und kaufte hier das Schloß Wiedenau für 300 000 Kronen, auf das eine Anzahl von nur 5000 Kronen geleistet wurde. Das Ehepaar lebte auf großem Fuße und brachte es schon nach kurzer Zeit fertig, den im Schloß verbleibenden Gästen größere Summen zu entlocken. Wie sich nunmehr herausstellt, ist der jetzige Schloßherr von Wiedenau der Sohn eines Berliner Sachstaplers namens August Meier, nach dem die Behörden schon lange suchten.

Der Tango in ganz Russisch-Polen verboten. Warschau, 18. Febr. Von der Polizei wurde den Tanzschulen bei Strafe verboten, den Tango zu lehren. Ein solches Polizeiverbot erfolgte vorher schon in Lodz. In ganz Russisch-Polen ist der Tango in den Tanzschulen untersagt.

Aufruhr in einem Asienort. Odessa, 18. Febr. Bei einem Zusammenstoß im Asienort Tchernozuk zwischen Einwohnern und Soldaten wurden 6 Personen getötet und 24 verletzt, davon 7 schwer.

Meuterei in einer französischen Staatsgewerkschaft. Paris, 18. Febr. Aus Angers (Dep. Maine et Loire) wird gemeldet: In der höheren Staatsgewerkschaft ist heute Nacht unter den Rädern eine Meuterei ausgebrochen, weil mehrere ihrer Kameraden, denen ein Urlaub erteilt worden war, über die Mauer sprangen wollten und dabei festgenommen wurden. Der Direktor der Schule sowie zwei Lehrer wurden arg mißhandelt. Bei mehreren Rädern, die an der Meuterei teilgenommen hatten, wurden Revolver gefunden. Zu den Aufstörungen wird noch gemeldet, daß der Disziplinarrat der Anstalt gestern Abend zusammentrat und beschloß, bei dem Ministerium die strafweise Entlassung von 15 Rädern zu beantragen. Die bei der Meuterei die Rolle von Rädelführern gespielt hatten.

Selbstmord einer Sängerin aus Liebeskummer. Rom, 18. Febr. In einem Hotel 1. Klasse des Schmellwegs Gemma Sabona hat sich gestern die Sängerin Teresa Gallorini aus Liebeskummer erschossen.

Zu der Ermordung zweier Bankbeamten in Brüssel. Brüssel, 19. Febr. Der Bankier Coste der gestern zwei Personen in einem Geschäftskauf erschossen hat, stellte sich gestern nachmittag freiwillig und erklärte, es sei ein Streit um einen protestierten Wechsel von 6000 Franken ausgebrochen und da ihm auch sonst bei der Firma starke Verluste drohten, sei er in sinnlose Erregung geraten.

Ein Eisenbahnunfall. Rem Dork, 18. Febr. Zwei Räder der Rheinhahn sind in der Nähe von Springfield in Missouri zusammengefahren. 58 Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Entdeckung von Silas in Ostafrika. Nairobi (Ostafrika), 18. Febr. In der Nähe des Albertsees wurden angeblich Silas entdeckt.

Zu der Strandung des Dampfers „Roma“. Providence (Rhode Island), 18. Febr. Der Dampfer „Roma“ ist heute nachmittag hier eingetroffen. Er ist anscheinend wenig beschädigt.

Letzte Drahtberichte.

Der Prinz zu Wied in Paris.

„Wilhelm der Gütige“.

* Paris, 19. Febr. Prinz zu Wied ist heute früh 8 Uhr, von London kommend, hier eingetroffen. Er wird sich nur wenige Stunden hier aufhalten, hat jedoch einen großen Arbeitsplan zu erledigen. Im Laufe des Vormittags wird der Prinz dem Ministerpräsidenten Doumergue sowie verschiedenen anderen politischen Persönlichkeiten einen Besuch abstatten. Er frühstückt beim Präsidenten Poincaré und wird das Diner beim deutschen Botschafter einnehmen. Voraussichtlich wird der Prinz auch noch einigen anderen Botschaftern Besuche machen. Abends wird er die Reise nach Neuwied antreten. Die Schnelligkeit, mit der der Prinz seine Londoner und Pariser Reise erledigt, hat

ihm bereits vor seinem Regierungsantritt einen Weinamen verschafft. Man spricht nicht mehr vom Prinzen Wilhelm zu Wiesbaden, sondern von „Wilhelm dem Götigen“.

Der Königsstapel für den Prinzen zu Wiesbaden

Wien, 19. Febr. (Eig. Drahtbericht). Wie die „Neue Freie Presse“ erzählt, wird Effendi Pascha beim Empfang der albanischen Deputation auf Schloss Montepos in Reuviden den Prinzen Wilhelm zu Wiesbaden mit Majestät und Güte ansprechen, woraus man schließt, daß der Prinz den Königsstapel annehmen wird.

Die griechische Anleihe in Paris.

Freundlichkeiten des „Matin“ für König Konstantin.
Paris, 19. Febr. Der „Matin“ teilt mit, daß die erste Hälfte der griechischen Anleihe von einer französischen Finanzgruppe gewährt werden soll. Die zweite Hälfte Ende dieses Jahres zur Ausgabe gelangen werde. Die Anleihe werde durch die Zolleinsparungen der Hafen- und Eisenbahnen und durch die Zolleinsparungen von Saloniki und Kavala verbürgt. Die griechische Regierung verpflichte sich, bei ihren Bestellungen für die Flotte und das Heer sowie die Eisenbahnen die französische Industrie in weitem Maße zu befragen. Die Ministerpräsidenten Doumergue und Venizelos hätten zum Teil diese Bestellungen genau festgelegt. — Der „Matin“ fügt hinzu, Griechenland wird die Millionen, welche es durch die Anleihe erhält, dem Ministerpräsidenten Venizelos zu danken haben, zu dem die französische Regierung Vertrauen hat. Frankreich vergesse nicht, daß wenn König Konstantin und eine kleine politische Clique deutschfreundliche Gesinnungen begie, die große Mehrheit des griechischen Volkes die Sympathien des Ministerpräsidenten Venizelos für Frankreich teile, aber die deutschfreundliche Hofpartei dürfe nicht glauben, daß sich Frankreich zu einer Sendung herbeilassen würde, bei der es der betrogene Teil wäre. Wenn die deutschfreundlichen Tendenzen in Athen die Oberhand gewinnen, würde der finanzielle Beistand Frankreichs sofort aufhören.

Der Kaiser in Karlsruhe.

Karlsruhe, 19. Febr. Der Kaiser ist heute vormittag 9 Uhr 11 Minuten auf dem neuen Zentralbahnhof der Residenz eingetroffen. Zu seiner Begrüßung war Großherzog Friedrich von Baden erschienen. Ferner waren u. a. anwesend: General der Infanterie Freiherr von Göttingen, genannt Quene, Kommandierender General des 14. Armeekorps, und der preussische Gesandte Erzengel von Eisenberg. Vom Bahnhof aus begaben sich der Kaiser und der Großherzog im geschlossenen Wagen zur Residenz. Das Wetter ist unfeindlich.

Der Kaiser in Karlsruhe.

Karlsruhe, 19. Febr. Am Schloßportal wurde der Kaiser von den Großherzoginnen Luise und Silda sowie den Hofdamen begrüßt. Heute mittag 1 Uhr findet in dem Residenzschloß Fürstentafel und anschließend Marschallstapel statt.

Sur Korsurreise des Kaisers.

Berlin, 19. Febr. (Eig. Drahtbericht). In den widersprechenden Gerüchten über die Reise des Kaisers nach Korsur wird heute von amtlicher Stelle mitgeteilt, daß es noch nicht feststehe, ob der Kaiser diese Reise antreten werde.

Es hänge dies noch von gewissen Umständen ab. Immerhin sei die Reise wahrscheinlich. Der Kaiser werde in diesem Falle das Osterfest in Korsur verleben.

Tab eines ehemaligen Reichstagsabgeordneten.

Frankfurt, 19. Febr. Der frühere national-liberale Abgeordnete, Hofrat Professor Schreiner, ist in Triesdorf im Alter von 68 Jahren gestorben. Er vertrat von 1880 bis 1890 den Wahlkreis Dinkelsbühl im Reichstag.

Die Dege gegen die deutsche Militärmission nach nicht zu Ende.
Paris, 19. Febr. Der „Matin“ meldet aus Konstantinopel, daß in gewissen politischen Kreisen die Abreise des Obersten v. Strempehl nach Berlin als ein Beweis des Scheiterns der deutschen Militärmission angesehen sei. Mehrere andere Mitglieder der Militärmission sollen, wie das Blatt weiter zu melden weiß, gleichfalls in den nächsten Tagen die Türkei verlassen.

Ein französisches Staatsmonopol für drahtlose Telegraphie.

Paris, 19. Febr. Die französische Regierung beabsichtigt, der Kammer einen Gesetzentwurf über drahtlose Telegraphie vorzulegen, durch den dem Staate das Monopol über das drahtlose System gesichert werden soll. Die Anlage privater Stationen soll verboten werden. Die Aufnahmestationen werden einem ständigen Reglement unterworfen, um den Verkehr von Geheimnissen unmöglich zu machen.

Keine englischen Flottenmanöver 1914?

London, 19. Febr. Mehrere Zeitungen berichten, daß dieses Jahr keine Flottenmanöver stattfinden würden. Nach den „Daily News“ seien die Erfahrungen der vorjährigen Flottenmanöver noch nicht verarbeitet. Anstatt der üblichen Manöver werde wahrscheinlich eine Probemobilisierung der Flottenreserve stattfinden. Der Ausfall der Manöver werde übrigens eine beträchtliche Ersparnis in dem Budget ausmachen.

Die Gerichtsverhandlung gegen den Grafen Mielzinski.

Wien, 19. Febr. (Eig. Drahtbericht). Vor dem hiesigen Schwurgericht beginnt morgen der Prozeß gegen den Grafen Mielzinski, der in der Nacht zum 20. Dezember seine Frau und seinen Neffen durch zwei Schotgeschüsse aus seinem Jagdgewehr getötet hat. Das Aufsehen, das die Tat des Grafen in ganz Wien hervorrief, offenbart sich in dem Andrang zu der Verhandlung. Die Hotels in Wien sind bereits überfüllt. Auch die Eisenbahnverwaltung hält einen Sitzplatz bereit, der die Prozeßteilnehmer im Verlaufe der Verhandlungen zu einem Lokaltreffen nach dem Tatort auf das in der Umgebung von Grätz gelegene Mielzinski'sche Schloß bringen soll. Graf Mielzinski, dem Todschlag in zwei Fällen zur Last gelegt wird, wird aus dem Amtsgericht in Grätz eintreffen. Er ist durch die Schreckensgenossen und die Voruntersuchung hart mitgenommen; er hält die Darstellung, daß er in der kritischen Nacht an das Eindringen von Einbrechern geglaubt habe, aufrecht.

Die russischen Rüstungen.

Peter, 19. Febr. (Eig. Drahtbericht). Die Regierung wird sich nicht mit der Heeresvergrößerung an der Westgrenze begnügen. In den nächsten Tagen wird bei der Duma eine neue große Flottenbestellung eingebracht werden.

Bahnbau in Mascha.

R. Washington, 19. Febr. Das Repräsentantenhaus nahm gestern mit 230 gegen 87 Stimmen eine Regierungsvorlage an, die den Präsidenten ermächtigt, mit einem Kostenaufwand von 35 Millionen Dollar eine Eisenbahn von der Küste Maschas nach den großen Kohlenfeldern zu bauen.

W. Pösch (Ostpreußen), 19. Febr. Auf der Straße Löben-Profitten ließ sich gestern Abend der Primaner Rüdiger, der Sohn eines Pfarrers, vom Zuge überfahren. Es wurde ihm der Kopf vom Rumpf abgetrennt. Der Grund des Selbstmordes dürfte Geisteskrankheit sein. Rüdiger stand vor dem Abiturientenexamen und war einer der besten Schüler. In seiner Tasche wurden Briefe an seine Eltern und den Direktor der Schule gefunden, dem er für seine Mühe dankt, die der Lehrer mit ihm gehabt habe.

W. Rio de Janeiro, 19. Febr. Zu Ehren der deutschen Kameraden veranstalteten die brasilianischen Offiziere gestern einen Ball, der einen glänzenden Verlauf nahm. Präsident Hermes Fonseca nimmt heute an Bord des „Kaiser“ das Frühstück ein.

Wetterberichte.

Deutsche Seewarte Hamburg.

19. Februar, 5 Uhr vormittags.

1 = sehr leicht, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm.

Beob.-Station	Barom.	Windrichtung u. Stärke	Wetter	Therm. Cel.	Beob.-Station	Barom.	Windrichtung u. Stärke	Wetter	Therm. Cel.
Borkum	748.3	SW 3	wolkenl.	+8	Soll	749.0	SW 4	bedeckt	+9
Hamburg	749.1	WSW 3	bedeckt	+8	Aberdeen	741.4	WSW 1	wolkenl.	-1
Swinemünde	746.1	S 4	+	+5	Paris	751.5	SW 5	heiter	+3
Wien	750.3	SSW 3	Dunst	+5	Vienna	751.5	SW 5	heiter	+3
Aachen	751.3	WSW 4	wolkg.	+5	Cernobila	742.6	SW 3	Regen	+4
Hannover	751.1	W 3	bedeckt	+5	Shagen	743.6	SW 3	Regen	+4
Berlin	748.6	SW 5	+	+5	Kopenhagen	744.8	WSW 2	+	+4
Dresden	751.1	SW 4	wolkg.	+5	Stockholm	742.5	O 6	Schnee	-1
Breslau	751.1	WSW 2	bedeckt	+4	Naparra	754.9	N 2	wolkenl.	-10
Metz	756.1	W 4	+	+5	Paris	751.5	SW 5	heiter	+3
Frankfurt	751.8	SW 3	Regen	+5	Warschau	752.9	SSO 1	wolkg.	+1
Karlsruhe	756.9	WSW 2	bedeckt	+5	Wien	750.7	W 2	bedeckt	+5
München	755.7	SW 4	+	+5	Rom	760.8	SO 1	+	+11
Zugspitze	518.1	NW 6	Schnee	+14	Lissabon	758.6	SW 3	+	+11
Valencia	744.5	SSO 2	Regen	+8	Soylsford	749.1	+	Schnee	-3

Beobachtungen in Wiesbaden

19. Februar.	7 Uhr morgens.	2 Uhr nachm.	8 Uhr abends.	Mittel.
Barometer auf 0° und Normalhöhe	750.3	747.7	746.5	748.2
Thermometer (Celcius)	7.0	7.1	7.5	7.2
Thermometer (Fahrenheit)	44.6	44.8	45.5	45.6
Relative Feuchtigkeit (%)	89	91	96	92.0
Windrichtung und -stärke	NO 3	N 1	NO 2	—
Niederschlagshöhe (mm)	0.2	0.1	4.5	—

Höchste Temperatur (Celcius) 4.6. Niedrigste Temperatur 0.9.

Wettervoraussage für Freitag, 20. Februar 1914.

von der Meteorologischen Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M.

Wechselnde Bewölkung, zeitweise Regenfälle, keine Temperaturänderung, westliche Winde.

Wasserstand des Rheins

Rheinbr. Pegel:	2.09 m gegen 1.88 m am gestrigen Vormittag
Canal.	2.23 m „ 2.22 m „ „
Malz.	1.94 m „ 1.12 m „ „

Handelsteil.

Berliner Börse.

Berlin, 19. Febr. (Eig. Drahtbericht). Die Spekulation beschäftigte sich zum Teil bereits mit den Vorbereitungen für den herannahenden Ultimo. Die Tendenz gewann daher ein unsicheres Aussehen, wozu noch kam, daß sich die Börse mit verschiedenen Meldungen vom heimischen Eisenmarkt abzufinden hatte, die gegenüber dem amerikanischen „Iron-Age“-Bericht weniger günstig lauteten. Die Kurse am Montanmarkt bröckelten leicht ab. Schiffahrtswerte wurden anfänglich realisiert. Für Hansaaktien verläutete, daß die Dividende nicht über 20 Proz. hinausging, doch konnten sich diese Aktien später ziemlich erholen. Heimische und russische Banken wurden realisiert. Fester lagen Kanada auf Londoner und New Yorker Anzeigen, ebenso 3proz. Reichsanleihe auf die Geldfülle. Auch hielt man eine weitere Ermäßigung des Reichsbankdiskonts nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeit. Geldsätze unverändert. Privatskont 3 Proz. (wie gestern).

Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 19. Febr. (Eig. Drahtbericht). Die Börse zeigte anfangs wenig Geschäftslust. Die Tendenz erhielt jedoch einen festeren Charakter, da die Spekulation auf die zuversichtlichen Meldungen vom amerikanischen Eisenmarkt verweisen konnte. Die Ausführungen beim Rohisenverband ließen erkennen, daß auch in Düsseldorf das Geschäft etwas lebhafter geworden ist. Die günstige Entwicklung des deutschen Außenhandelsbewegung im Monat Januar wurde heute mehr beachtet. Am Montanmarkt traten Bochumer etwas mehr hervor. Deutsch-Luxemburger, Gelsenkirchen und Phönix-Bergbau behauptet. In Übereinstimmung mit New York waren amerikanische Bahnen recht lustlos. Von österreichischen sind Staatsbahn lebhafter. Sebanbahn haben an Geschäftstätigkeit eingebüßt. Der Kurs stellte sich infolge von Realisationen niedriger. Dieselbe Erscheinung trat am Schiffahrtsaktienmarkt ein. Für Elektrowerte erhielt sich gute Meinung, die Tendenz war jedoch ungleichmäßig. Die Frage einer Reichsbank-Diskontermäßigung wurde im Hinblick auf den guten Status der Bank besprochen, fand aber nur geringe Zustimmung. Eine Ermäßigung des Diskonts der Bank von Frankreich wird mit Bestimmtheit heute erwartet. In heimischen Banken sind die Umsätze bescheiden. Gute Nachfrage bestand auch heute nach den neuesten preussischen Schatzscheinen. Fonds im übrigen ruhig und gut behauptet. Der Mangel an Aufträgen und das Herannahen des Ultimo machten, daß der Geschäftsverkehr an weiteren Verläufe bei mäßig abgeschwächter Tendenz still blieb. Am Kassamarkt für Dividendenwerte war die Haltung vorwiegend behauptet. Erwähnenswert sind Naphtha-Nobel, welche 4 1/2 Proz. verloren. Die Börse schloß sehr still bei behaupteter Tendenz. Privatskont 3 1/2 Proz. (gestern 3 1/2 Proz.).

Banken und Geldmarkt.

Die Frage einer Reichsbank-Diskontermäßigung wurde gestern an der Berliner Börse besprochen. Im Hinblick auf den letzten geradezu ausgezeichneten Status und die andauernd flüssige Verfassung des offenen Geldmarktes hält man es nicht für ganz unwahrscheinlich, daß die Bank über kurz oder lang mit ihrer Rate auf 3 1/2 Proz. herabgeht. Für heute ist eine

Ermäßigung des Diskonts der Bank von Frankreich in Aussicht genommen.

Rheinisch-Westfälische Disconto-Gesellschaft. Der Umsatz stellte sich auf 6 434 000 000 M. (gegen 6 567 000 000 M. im Vorjahr). Die Gewinne auf Zinsen betrugen 7 253 232 M. (7 324 554 M.). Darin ist das Ergebnis der Beteiligung bei anderen Banken und Bankgeschäften mit 2 135 233 M. (2 440 262 M.) eingeschlossen. Es verbleibt ein Reingewinn von 7 508 561 M. (8 084 404 M.), aus dem 6 1/2 Proz. (7 Proz.) Dividende und 227 634 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Frankfurter Hypothekbank. Die Gesellschaft hält am 26. März in ihrem Bankgebäude in Frankfurt a. M. ihre 52. ordentliche Generalversammlung ab. Bezüglich der Tagesordnung verweisen wir auf die Bekanntmachung im Anzeigenteil.

Rheinische Schuckertgesellschaft. Mannheim, 18. Febr. Die sämtlichen bisher ausgegebenen Aktien der Rheinischen Schuckertgesellschaft für elektrische Industrie, Aktiengesellschaft in Mannheim, von 8 M. st. sind nunmehr an der Berliner Börse zur Einführung gelangt. Die erste Notiz erfolgte am 17. Februar und stellte sich auf 140 1/2 Proz. Das Bankenkonsortium, welches im Vorjahr 2 500 000 M. Aktien mit der Verpflichtung der Einführung an der Berliner Börse übernahm, verkaufte die Bestände aus und gelangte nunmehr zur Auflösung.

Die Schweizerische Bankgesellschaft in Zürich schüttet auf 30 Mill. Fr. Aktienkapital wieder 7 Proz. Dividende aus.

Eine Finanztransaktion des Eisenwerks Kraft. Der Großaktionär der Gesellschaft, Fürst Demmermark, hat dem Unternehmen einen Vorschuß von ca. 10 Mill. M. gewährt; dieser soll jetzt abgelöst werden, und zwar werden 10 bis 12 Mill. M. Schuldverschreibungen ausgegeben und eine Erhöhung des Aktienkapitals vorgenommen werden.

Schwarzes Meer Eisenbahn-Obligationen. Petersburg, 18. Febr. Der Finanzminister hat eine weitere Emission von nom. 24 691 375 Rubel 4proz., vom Staate garantierter Obligationen der Schwarzen Meer-Eisenbahn zur Beschaffung von Baugeldern genehmigt.

Industrie und Handel.

Der Verband deutscher Tapetenfabrikanten ist in einer vor einiger Zeit abgehaltenen Versammlung um ein Jahr verlängert worden. Dem Verbande gehören jetzt rund 30 Fabriken an, während die Zahl der Außenseiter 25 beträgt. In der Generalversammlung wurde auch das Verhältnis zwischen Fabrikanten und Händlern geregelt. Der Geschäftslage in der Tapetenindustrie wird mit Rücksicht auf die unbefriedigende Lage des Baumarktes als nicht sonderlich günstig bezeichnet.

Ein Preiskampf in der Eisenindustrie. Wien, 18. Febr. Die Eisenwerke ermäßigten die Profilschläge auf gußeiserne Röhren um 50 Proz., was einer Preisherabsetzung um 50 bis 300 Kronen pro Waggon entspricht. Die Ermäßigung erfolgte als Abwehrmaßnahme gegen deutsche Importe.

Die Alsenischen Portland-Zementfabriken in Hamburg verteilten bei gleichen Abschreibungen wie im Vorjahr eine Dividende von 16 Proz. gegen 15 Proz. im Vorjahr.

Die Terraingesellschaft Gräfeling in München, deren Hauptgläubiger die Holmannsche Immobilien-Gesellschaft ist, erzielte einschließlich des Vorjahres 48 288 M. (43 675 M.) Überschuß. Eine Dividende wird wieder nicht ausgeschüttet.

Mährisch-schlesischer Bergwerksverein in Leihmal. Der Aufsichtsrat schlägt für 1913 6 Proz. Dividende gegen 8 Proz. im Vorjahr vor.

Verkehrswesen.

w. Deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft Hansa. Bremen, 18. Febr. Die heutige Aufsichtsratsitzung der Deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaft Hansa beschloß, der Generalversammlung vorzuschlagen, 20 Proz. Dividende (wie i. V.) zur Verteilung zu bringen. Aus dem Reingewinn von 8 737 000 M. (8 904 000 M.) sollen nach Abzug der Dividende und Tantiemen dem Assekuranz-Reservelonds außer dem Prämienüberschuß von 1 150 000 M. (850 000 M.) noch 2 (1.15) Mill. M., dem Spezial-Reservelonds 1 Mill. M. (wie i. V.) und der Pensionskasse der Angestellten 250 000 M. (wie i. V.) überwiesen werden.

Der Norddeutsche Lloyd hat nunmehr auch die Postdampferzwischenverkehrs Bremen-New York um 10 M., also wie die Hapag, von 110 auf 100 M. reduziert.

Marktberichte.

Fruchtmärkte zu Wiesbaden vom 19. Febr. 100 Kilo Hafer 16.60 bis 17.20 M., 100 Kilo Rübetroh 3.80 bis 4.40 M., 100 Kilo Heu 6 bis 7.40 M. Angefahren waren 7 Wagen mit Frucht und 17 Wagen mit Stroh und Heu.

Fruchtmärkte zu Limburg vom 18. Febr. Roter Weizen (Nassauischer) per Malter 16 M., Weißer Weizen (angebauter Fremdsorten) per Malter 15.50 M., Korn per Malter 11.80 M., Futtergerste per Malter 9 M., Braugerste per Malter 10.70 M., Hafer per Malter 8 M., Kartoffeln per Zentner 2.10 M., Butter per Pfund 1 M., Eier per Stück 8 Pf.

Konkurs-Nachrichten

aus den O.-L.-G.-Bez. Darmstadt, Frankfurt a. M., Kassel.

Name (Firma)	Wohnort (Amtsgericht)	Konkursverwalter	Verf. d. Gl.	Verf. d. F.	Verf. d. V.
Kfm. Christ. Schatz, Inhaber eines Herren-garderobegeschäfts	Frankfurt am Main	R.-A. Dr. Nathan Rosenthal	38. 1. 17. 2. 13. 2. 27. 2.		
Kfm. Kohlenhändler und Landwirt Heinrich Seitzler	Herborn (Dillkreis)	R.-A. Weniger	28. 1. 23. 3. 25. 3. 8. 4.		
Kfm. v. Fischbinder Hartwig Gölitz	Kassel	Kaufm. Karl Kallermann	30. 1. 18. 2. 27. 2. 27. 2.		
Kfm. Louis Wolff, Inh. d. Fa. Parfumerie Louis Wolff, Versandhaus für Gesundheitspflege	Frankfurt am Main	R.-A. Dr. Aasenbach	29. 1. 28. 2. 13. 2. 10. 3.		
Karl Alsenhausen, verst.	Holzhausen (H.-A. (Wehen))	R.-A. Erhard	31. 1. 7. 3. 21. 3. 21. 3.		
Kaufmann Heinrich Balth	jetzt Darmst. fröh. Weibg.	—	Schlusstermin 3. 3.		
Frankfurter Lichtbühne, G. b. H.	Frankfurt am Main	R.-A. Upprecht	31. 1. 1. 8. 17. 2. 13. 3.		
Kaufmann Friedrich Fries	Siedelburg v. d. H.	R.-A. Dr. Wissenthal	31. 1. 7. 3. 20. 2. 27. 2.		
Kaufmann Jakob Schmidt	Lixfeld (Hildesheim)	R.-A. Block	2. 2. 24. 3. 27. 3. 2. 4.		
Firma Gustav Lesser, Kasper Sohn	Broterode	—	—	—	27. 2.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 10 Seiten.

Gedruckort: H. Degerdorn.

Verantwortlich für den politischen Teil: H. Degerdorn, für den Teil des 1. Blattes: H. Degerdorn, für den Teil des 2. Blattes: H. Degerdorn, für den Teil des 3. Blattes: H. Degerdorn, für den Teil des 4. Blattes: H. Degerdorn, für den Teil des 5. Blattes: H. Degerdorn, für den Teil des 6. Blattes: H. Degerdorn, für den Teil des 7. Blattes: H. Degerdorn, für den Teil des 8. Blattes: H. Degerdorn, für den Teil des 9. Blattes: H. Degerdorn, für den Teil des 10. Blattes: H. Degerdorn.

Erstverleger: H. Degerdorn. 12 bis 1 Uhr: in der politischen Abteilung von 10 bis 11 Uhr.

